

vib-akzente

Berufliche Bildung in Bayern



2014

Ein Jahr der Herausforderungen und der Innovationen?



Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V.

UNSERE THEMEN

Die anhaltende Kontroverse um die Erweiterte Schulleitung greift Jürgen Wunderlich abgeklärt und professionell im Thema des Tages auf.

Den Unterrichtsausfall von Religionsunterricht an beruflichen Schulen nimmt Fachgruppenleiter Hans Preißl kritisch unter die Lupe

Kerngeschäft der Profis: Hans Dietrich lädt zur 9. Fachtagung FOS/BOS nach Neu-Ulm ein.

Professionelle Arbeitsbedingungen finden Kolleginnen und Kollegen an der FOS/BOS Neu-Ulm vor, meinen Dr. Maike Tholen und Gregor Friedrich.

Rechtssicher und erfolgreich - Wolfgang Lambl blickt hinter die Kulissen der Personalratsarbeit.

Zur neuen Sondermaßnahme Lehrereinstellung des Kultusministeriums legt VLB-Lehrerbildner Max-Peter Neumann die Position des Verbandes dar.

Profis hinter der Fotokamera: Peter Thiel berichtet vom Auslandsprojekt der Fotografenabschlussklasse an der Würzburger Franz-Oberthür-Schule.

Ein Profi feierte seinen 60. Geburtstag: Martin Ruf hat beim Empfang für Wolfgang Lambl in München zahlreiche Eindrücke gesammelt.

THEMA DES TAGES

- 03 Jürgen Wunderlich: 2014 – Erwartungen des VLB

BILDUNGSPOLITIK

- 04 Hans Preißl: Religionsunterricht an Beruflichen Schulen aus Sicht von Betroffenen
07 Jürgen Wunderlich: Der VLB-Landesvorsitzende im Gespräch mit MdL Prof. Dr. Waschler

DIENSTRECHT

- 08 Wolfgang Lambl: Personalratsarbeit (3): Rechtssicher und erfolgreich

LEHRERBILDUNG

- 10 Max-Peter Neumann: VLB-Stellungnahme zur neuesten Sondermaßnahme

FOS/BOS

- 14 Rüdiger Klein: Beispielloser Erfolgsweg der Beruflichen Oberschule
14 Hans Dietrich: FOS/BOS-Tag 2014 in Neu-Ulm
15 Dr. M. Tholen/G. Friedrich: Der Gastgeber – die Berufliche Oberschule Neu-Ulm

PÄDAGOGIK UND UNTERRICHT

- 17 Peter Thiel: „Gente – Imágenes – Emociones“ – Fotografen-Abschlussklasse unterwegs in Madrid
20 Astrid Betz: Macht Eure Zukunft – aus der Geschichte lernen
23 PM: Landeschülerrat neu gewählt

AUS DEM VERBANDSLEBEN

- 24 Landesverband
27 Bezirks- und Kreisverbände
?? Senioren
?? Junge Pädagogen
?? Senioren
?? Personalien
35 Aus aktuellem Anlass
36 Franz Siska: Zeitgeist



2014 – Erwartungen des VLB

Weihnachtsferien und Jahreswechsel liegen nun schon wieder einige Zeit zurück. Ich hoffe, Sie konnten während der Ferientage Kraft und Ideen für Ihre privaten Planungen und Ihre berufliche Arbeit sammeln,

und Sie sind hoffentlich auch gesund und gut in das Jahr 2014 gestartet. Sicherlich warten auf Sie als aktives VLB-Mitglied auch in diesem Jahr wieder vielfältige Aufgaben und Tätigkeiten, die Ihnen Ausdauer, Flexibilität und zusätzlichen Einsatz abverlangen. Über das nachhaltige Interesse unserer treuen pensionierten Mitglieder an den VLB-Verbandsaktivitäten und der Verbandszeitschrift „vlb-akzente“ freue ich mich als Landesvorsitzender besonders.

Wahlen 2013/14

Aus politischer Sicht war das bedeutendste Ereignis des vergangenen Jahres für den VLB zweifellos die Landtagswahl. Mittlerweile haben sich die Ausschüsse gebildet und deren Vorsitzende sind gewählt. Der VLB hat in der Zwischenzeit erste Kontakte insbesondere zu den zahlreichen neu gewählten Abgeordneten geknüpft und ist gespannt, welche Vorkenntnisse und Erfahrungen sie im Bereich berufliche Bildung mitbringen bzw. welche Vorstellungen bei ihnen über die Weiterentwicklung des beruflichen Schulwesens vorherrschen.

Auch im Kommunalwahlkampf 2014 wird das Thema „Berufliche Schulen“ eine wichtige Rolle spielen. In vielen größeren Kommunen besteht der Wunsch nach der Errichtung einer FOS/BOS. Sei es als Neugründung, Außenstelle oder in Verbindung mit einer anderen beruflichen Schule. Die Entscheidung darüber muss aus unserer Sicht in erster Linie im Hinblick auf eine gesicherte, langfristige gute Unterrichtsqualität gefällt werden. Aber auch die Sicherung von Berufsschulstandorten kann nicht nur unter dem Stichwort „Minderklassen“ diskutiert werden. Was unter demografischen Gesichtspunkten für allgemeinbildende Schulen gilt, muss auch für die beruflichen Schulen unter Infrastruktur- und Standortgesichtspunkten für eine ganze Region gelten. Nicht allein aus standespolitischen Gründen werden wir diese Themen aufmerksam verfolgen, sondern in allererster Linie aus der Verpflichtung gegenüber den uns anvertrauten jungen Menschen.

FOS/BOS: Kerngeschäft Unterricht – Neue Herausforderungen erfolgreich meistern

Unter diesem Motto findet bereits am 15. Februar 2014 ab 9.00 Uhr die 9. Fachtagung der FOS/BOS an der Staatlichen Fach- und Berufsoberschule im schwäbischen Neu-Ulm statt, zu der ich Sie als Landesvorsitzender recht herzlich einlade. Am Vormittag werden verschiedene Präsentationen, Workshops und

Arbeitskreise angeboten. (siehe auch Seite 14) Nach der Mittagspause erwartet Sie ein wissenschaftlicher Vortrag von Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer mit anschließender Diskussion zum Thema: „Digitale Demenz – zu Risiken und Nebenwirkungen in Kindheit und Jugend“. Im Anschluss daran gibt MR Günter Liebl aktuelle Informationen für FOS/BOS-Lehrkräfte.

Ich danke bereits vorab dem Referenten für die FOS/BOS, Hans Dietrich, den Mitgliedern der Fachgruppe und der Schulleitung und dem Kollegium der FOS/BOS Neu-Ulm für die vorbildliche Vorbereitung der Tagung und wünsche der Veranstaltung einen erfolgreichen Verlauf.

Erweiterte Schulleitung

Immer wieder geäußerte Befürchtungen, die „Erweiterte Schulleitung“ würde zum Wegfall von Funktionsstellen führen und dieses Modell sei nur ein „Sparmodell“, treffen nicht zu. Der neue Funktionskatalog weist die neue Funktion „Mitglied der erweiterten Schulleitung“ als add on-Funktion aus. Das Staatsministerium hat dazu am 21.11.2013 an der ALP Dillingen eine Informationsveranstaltung für die Schulen aus den Modellversuchen durchgeführt. Diese kompakten Informationen müssen auch allen anderen interessierten Schulen zugänglich gemacht werden. Personalräte von beteiligten Schulen werden zeitnah im neuen Jahr vom HPR gesondert informiert.

Erweiterte Schulleitung im Kontext des BayEUG

Das VLB-Positionspapier „Eigenverantwortliche Schule/Erweiterte Schulleitung“ (siehe auch vlb-akzente 11/2013), das der Hauptvorstand des VLB am 18.10.2013 beschlossen hat, und auch die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst vom 11. November 2013 wurden an beruflichen Schulen intensiv und kontrovers diskutiert und führten auch aufgrund des kurzen zeitlichen Rahmens zu Verunsicherungen bei Schulleitungen, Personalräten und Lehrkräften. Das Spektrum der Meinungen geht von großer Zustimmung bis zur Ablehnung aus den unterschiedlichsten Gründen. Weshalb ein bewährtes System einer „Mittleren Führungsebene“ aus Fachbetreuern an beruflichen Schulen nun in ein System einer „Erweiterten Schulleitung“ überführt werden muss, kann eigentlich nur schwer schlüssig erklärt werden. Auf die Besonderheiten an beruflichen Schulen wurde trotz eines erfolgreichen Nachweises im Modellversuch „Profil 21“ leider keine Rücksicht genommen.

Schulen mit Antragsberechtigung (bisherige „Profil 21-“ und „Modus 21-Schulen“) sowie Schulen mit Berechtigung zur Teilnahme am Wartelisten-Verfahren konnten bis spätestens 13. Dezember 2013 die Einrichtung einer erweiterten Schulleitung im Schuljahr 2013/14 beantragen. Die Einführung ist freiwillig. Der örtliche Personalrat und das Kollegium sind in vertrauensvoller Zusammenarbeit einzubinden. Eine Beschlussfassung der Lehrerkonferenz gem. Art. 58 Abs. 4 BayEUG ist nicht vorgesehen. „Nur wenn gewährleistet ist, dass das Kollegi-

um hinter dem Antrag der Schule steht, ist eine erfolgreiche und reibungslose Umsetzung denkbar.“ (HPR).

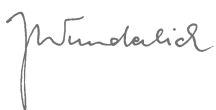
Die Kollegien an unseren Schulen verlangen nach mehr Eigenverantwortlichkeit und Selbstständigkeit sowie nach einer höheren Vertrauenskultur. Je weniger sich Lehrkräfte von außen geängelt fühlen, desto stärker identifizieren sie sich mit ihrer Schule und engagieren sich vermehrt zum Wohl der Schülerinnen und Schüler.

VLB-Berufsbildungskongress 2014

Zum Schluss bitte ich Sie, liebe Mitglieder, sich bereits heute den Termin für die wichtigste VLB- Veranstaltung im Jahr 2014 vorzumerken: der VLB-Berufsbildungskongress 2014 vom 21.11.-22.11.2014 in Erlangen. Vielen Dank an den Bezirk Mittelfranken und die Organisatoren aus den dortigen Kreisverbänden für die vorbereitenden Maßnahmen.

Liebe Mitglieder, wir freuen uns, wenn auch Sie in den Kreisen, Bezirken und Fachgruppen aktiv am Verbandsleben teilnehmen und sich dort mit Ihrer Fachkompetenz einbringen. Wir danken Ihnen für Ihr persönliches Engagement und Ihre Treue zum VLB. Besonders begrüße ich auch die zahlreichen neuen (nicht nur jungen) Mitglieder in unserem Verband, die erkannt haben, wie wichtig der VLB als Standesvertretung der Lehrerinnen und Lehrern an beruflichen öffentlichen und privaten Schulen ist.

Alles Gute für Sie
Ihr



Jürgen Wunderlich
VLB-Landesvorsitzender

Religionsunterricht an Beruflichen Schulen:

Zweistellige Ausfallquoten – wirklich kein Handlungsbedarf?

HANS PREISSEL

Im Mai 2012 hat ein breites Bündnis von Kirchen, Handwerkskammern und Gewerkschaften die „Erklärung für den Religionsunterricht an Berufsschulen“ unterzeichnet. Zu den Unterzeichnern gehörten Münchens Erzbischof Reinhard Kardinal Marx, der evangelische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, der Präsident des Bayerischen Handwerkstages, Heinrich Traublinger, der Präsident der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft Randolph Rodenstock und der bayerische DGB-Chef Matthias Jena. Ziel des Bündnisses ist es, den häufigen Ausfall des Religionsunterrichts an Berufsschulen stoppen.

Auf die viel beachtete Erklärung hat das damalige Staatsministerium für Unterricht und Kultus prompt mit einer Pressemitteilung reagiert. Darin wiederholt das Kultusministerium sein grundsätzliches Bekenntnis zum Religionsunterricht. „Der konfessionelle Religionsunterricht und das Fach Ethik sind ein unverzichtbares und zentrales Element in der Vermittlung von Werten an Berufsanfänger und damit einer ganzheitlichen Bildung – auch an beruflichen Schulen“, lässt das Ministerium verlauten. Und der Staatsminister schickt noch ein persönliches Bekenntnis hinterher: „Die Unterrichtsversorgung in diesen Fächern ist mir ein wichtiges Anliegen“

Minister bekundet Verständnis für die Problemanzeige

Da sich an den beruflichen Schulen die Unterrichtsversorgung recht differenziert darstellt, hat das Ministerium einen Prüfauftrag in Aussicht gestellt, um verlässliche Daten zur Unterrichtsversorgung in den Fächern Religion und Ethik an Berufsschulen zu bekommen. Dabei wurden auch gleich ausreichende Haushaltsmittel in Aussicht gestellt. „Auf der Basis des Nachtragshaushalts

kann die Unterrichtsversorgung im neuen Schuljahr verbessert werden“, heißt es im Pressedokument unmissverständlich. An der Berechtigung der Forderung ließ Ludwig Spaenle keine Zweifel: „Ich habe für die Problemanzeige der Kirchen und der Wirtschaftsverbände Verständnis“.

VLB-Forderung: Zusagen einhalten

In einem VLB-Telegramm hatte der Landesvorsitzende Jürgen Wunderlich angekündigt: „Der VLB wird mit Argusaugen darüber wachen, dass das Kultusministerium seine Zusage einhält, über den Nachtragshaushalt genügend Mittel bereitzustellen.“

Gespannt haben die Beteiligten deshalb darauf gewartet, welche Taten der Minister seinen Worten folgen lässt. Weil nun ja schon einige Zeit seit dem Ministerversprechen vergangen war, hakte der VLB nach und erinnerte an die Zusagen vom Mai 2012. Nach den Allerheiligenferien kam die Antwort aus dem „neuen“ Ministerium für „Unterricht und Kultus, Bildung und Wissenschaft“. Diese Antwort fällt äußerst ernüchternd aus, und zwar aus drei Gründen:

1. Die gelieferten Daten sind lückenhaft und veraltet.
2. Nach wie vor liegt der prozentuale strukturelle Unterrichtsausfall im zweistelligen Bereich.
3. Ein ernsthafter Wille, die Unterrichtsversorgung zu verbessern ist nicht erkennbar.

Lückenhafte und veraltete Daten

Die KM-Pressemitteilung hatte angekündigt, die Ausfallquoten für Religion und Ethik ermitteln zu wollen. Geliefert wurden nur die Zahlen für katholische und evangelische Religionslehre. Allerdings hat man für die Schulart, die bisher die höchsten Ausfallquoten hatte (Berufsoberschulen mit 27(!) Prozent) diesmal keine Zahlen vorgelegt.



Die „neuen“ Zahlen beziehen sich auf das vorletzte Schuljahr. Wenn sich das Ministerium schon bis Ende 2013 Zeit lässt, hatte man erwarten können, dass zumindest die Daten für das abgelaufene Schuljahr geliefert werden.

Interessanterweise werden auch die Vergleichsdaten mit den allgemeinbildenden Schulen verweigert. Im Vergleichsjahr 2008/2009 lagen die Werte hier zwischen 0 (Null) [Realschulen] und 0,6 Prozent [Gymnasien]. An den beruflichen Schulen gab es hier hohe zweistellige Ausfallquoten.

Ausfallquoten im zweistelligen Bereich

Die jetzt gelieferten „aktuellen“ Ausfallquoten für das Schuljahr 2011/2012 liegen an den beruflichen Schulen nach wie vor im zweistelligen Bereich...

- > Berufsschulen 10,5 Prozent
- > Fachoberschulen 9,4 Prozent (evangelisch: 12,5 Prozent)
- > Für die Berufsoberschulen wurden keine Daten vorgelegt.

Mit diesen Werten verbessert sich die Unterrichtsversorgung nur geringfügig, an den Berufsschulen beispielsweise um schmale 2,2 Prozent im Vergleich zu 2009/2010. Dieser kleine Fortschritt ist aber der demografischen Entwicklung geschuldet und nicht den Be-

Berufliche Schulen:
Religionsunterricht als Opfer der Personalmisere
Ausfallquoten: 2011/2012



mühungen des Ministeriums. Außerdem zeigen aktuellere Daten, dass der Ausfall an Berufsschulen schon wieder auf über elf Prozent gestiegen ist.

Das Ministerium sieht keinen Handlungsbedarf

Das Antwortschreiben des Ministers (s. vib-akzente 12/2013, S. 13) will nämlich nichts mehr davon wissen, dass es die Forderung nach ausreichenden Haushaltsmitteln für berechtigt hält: „An den beruflichen Schulen steht grundsätzlich kein gesondertes Kon-

tingent an Planstellen oder Mitteln für Einstellungen von Lehrkräften in den Fächern Evangelische oder Katholische Religionslehre zur Verfügung.“

Damit wird die Tatsache umschrieben, dass der allgemeine Personalengpass die beruflichen Schulen in Dilemmasituationen treibt. Weil die Schulen enormem Druck ausgesetzt sind, wenn sie fachlichen Unterricht ausfallen lassen, bleibt der Religionsunterricht auf der Strecke. Diese Situation nimmt das KM hin. Deshalb lehnt es auch den Vorschlag ab, Lehrerinnen und Lehrer über das Zweitfach einzustellen. Sogar dem Vorschlag, in Einzelfällen zur Beseitigung der dringendsten Personalnöte Diplomtheologen anzustellen, wird eine Abfuhr erteilt.

Staatsminister Ludwig Spaenle reicht den Schwarzen Peter an die Schulen weiter. Er will weismachen, dass ein Ausfall von Religionsunterricht nicht unbedingt mit der Frage angemessener Ressourcen zusammenhängt. „Gerade an den Berufsschulen ist die Unterrichtsorganisation im Vergleich zu den allgemeinbildenden Schulen von einer hohen Komplexität gekennzeichnet (Teilzeitbeschulung, Blockunterricht etc.). Diese Rahmenbedingungen machen häufig gerade eine klassen- und abteilungsübergreifende Unterrichtsplanung sehr schwierig.“

Erinnerung an Wahlversprechen

Bei dieser hartnäckigen Leugnung eines Handlungsbedarfs sollte man den Minister vielleicht an den Wahlprüfstein drei des VLB zur bayerischen Landtagswahl erinnern. Vor Erringung der absoluten Mehrheit argumentierte die C-Partei noch so: „Die bayerischen Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden. Oberste Bildungsziele sind deshalb auch die Ehrfurcht vor Gott und die Achtung vor religiöser Überzeugung. Der Religionsunter-

richt ist ordentliches Lehrfach auch an den Berufsschulen und entsprechend in den Stundentafeln ausgewiesen. Die CSU wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass hierzu ausreichend Lehrkräfte eingestellt werden.“ ■

Unterrichtsausfall im Fach Religion – eine unendliche Geschichte

Zeit	Aktivität	Inhalt/Forderung/Ergebnis
Oktober 2009	Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Florian Streibl (FW) zum Religionsunterricht an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Bayern	Welche Maßnahmen ergreift das Ministerium, auch in Zusammenarbeit mit den Kirchen, um künftig den Religionsunterricht in lehrplankonformer Weise wieder sicherzustellen?
Juni 2010	Antrag der Abgeordneten Eisenreich, Donhauer, Nöth, Taubeneder u.a. zur „Verbesserung der Personalsituation in den Fächern Katholische und Evangelische Religionslehre“	Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, wie im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel die Personalsituation an beruflichen Schulen in Bayern in den Fächern evangelische und katholische Religionslehre verbessert werden kann.
Oktober 2010	Landtagsbeschluss „Verbesserung der Personalsituation an beruflichen Schulen in den Fächern Katholische und Evangelische Religionslehre“	
Februar 2011	Abschlussbericht des KM zum Landtagsbeschluss „Verbesserung der Personalsituation an beruflichen Schulen in den Fächern katholische und evangelische Religionslehre“	„An beruflichen Schulen gibt es keinen generellen Mangel an Lehrkräften mit der Lehrbefähigung in katholischer und evangelischer Religionslehre.“
Mai 2012	Erklärung zum Religionsunterricht an Berufsschulen	Es muss dringend etwas getan werden, um den Religionsunterricht an Berufsschulen durch hinreichende Haushaltsmittel zu sichern.
Mai 2012	Pressemitteilung des KM zur Unterzeichnung der Erklärung	Auf der Basis des Nachtragshaushalts stellt der Kultusminister eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung im neuen Schuljahr in Aussicht.
Mai 2012	VLB-Telegramm: Religionsunterricht ist für die Entwicklung personaler Kompetenzen unverzichtbar	VLB kritisiert die besorgniserregenden Ausfallquoten im Fach Religion.
August 2013	Schreibendes VLB-Landesvorsitzenden an den Kultusminister zum Religionsunterricht an beruflichen Schulen	Welche zusätzlichen Mittel werden zur Verfügung gestellt, um den RU an beruflichen Schulen sicherzustellen?
Oktober 2013	Antwort des Staatsministers für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst auf die Anfrage des VLB	Es steht kein eigenes Kontingent an Planstellen oder Mitteln für Einstellungen von Lehrkräften in Religionslehre zur Verfügung.
November 2013	Beim Fachgespräch in Gars bestätigt die KM-Vertreterin, dass der Unterrichtsausfall im Fach Katholische Religionslehre wieder auf einen zweistelligen Wert angestiegen ist	Ausfall Berufsschule: > 11 Prozent Ausfall BOS > 25 (!) Prozent

Entmutigende Bilanz: Trotz wohlfeiler Lippenbekenntnisse wird der Religionsunterricht an Berufsschulen im Konzert der Fächer minderwertig behandelt. Nach wie vor lösen zweistellige Ausfallquoten keinerlei ernsthafte Handlungskonsequenz aus. Wie es auch sein könnte, machen die anderen Schularten vor: bei allen steht eine „Null“ vor dem Komma. Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung buchstabiert sich anders!

Zusammenstellung der Chronik: Hans Preißl, Fachgruppenleiter Religionslehre im VLB



Zu einem Kontaktgespräch trafen sich ...

... Prof. Dr. Gerhard Waschler, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Kultus und Vorsitzender des CSU-Arbeitskreises Bildung und Kultus, und Jürgen Wunderlich, VLB-Landesvorsitzender, Anfang Dezember im Bayerischen Landtag. Im Mittelpunkt dieses ersten, kurzen Austausches über die Situation der beruflichen Schulen in Bayern standen die Themen: Lehrerversorgung an beruflichen Schulen, Lehrerbildung, Besetzung des Lehrstuhls von Prof. Dr. Andreas Schelten, Sachstand zur erweiterten Schulleitung. Anfang des Jahres sollen die Themen im Rahmen eines parlamentarischen Abends vertieft und erweitert werden. ■



Aktuelle Informationen in Personalratsangelegenheiten und zum Dienstrecht erhalten Sie, wie in jeder Ausgabe der vlb-akzente, vom stellvertretenden VLB-Landesvorsitzenden und Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl.

Personalratsarbeit: Erfolgreich und rechtssicher – Teil III

WOLFGANG LAMBL

Schweigepflicht Allgemeines

Spezielle Schweigepflicht über Dienstverschwiegenheit hinaus

Art. 10 behandelt die Schweigepflicht der Personen, die Aufgaben oder Befugnisse nach dem BayPVG wahrnehmen oder wahrgenommen haben. Die Pflicht zur Verschwiegenheit über Angelegenheiten, die einem Beschäftigten bei seiner amtlichen oder dienstlichen Tätigkeit bekannt geworden sind, ist für Beamte bereits in Art. 69 BayBG, für AN im staatlichen Bereich in § 3 Abs. 2 TV-L sowie für die AN der Kommunen in § 3 Abs. 1 TVÖD geregelt. Aber abgesehen davon, dass nicht für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes (z. B. für Waldarbeiter) einschlägige Vorschriften bestehen, kann die Tätigkeit der Personalvertretungen nicht der amtlichen oder dienstlichen Tätigkeit zugerechnet werden. Art. 10 Abs. 1 Satz 1 normiert eine spezielle Schweigepflicht (d. h. über die allg. dienstrechtliche hinaus) auch gegenüber anderen Personalvertretungsgremien und den ihnen zugeordneten Dienststellenleitern, soweit nicht ausdrücklich Ausnahmen zugelassen sind; nach dem Gesetz entfällt die Schweigepflicht nicht gegenüber Personen, die aus einem anderen Sachzusammenhang heraus ihrerseits zur Verschwiegenheit verpflichtet sind.

Wegen der den Personalvertretungen zustehenden allgemeinen Aufgaben mit förmlichen Beteiligungsrechte (Art. 67 ff.) und ihrer damit im Zusammenhang stehenden umfassenden Unterrichtungspflicht durch die Dienststelle (Art. 69 Abs. 2, Art. 80 Abs. 5) ist es sowohl zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben (Art. 2 Abs. 1) als auch im Interesse der reibungslosen Arbeit der Organe der Personalvertretungen und nicht zuletzt zum Schutz der einzelnen Beschäftigten erforderlich, den Mitgliedern der Personalvertretungen und darüber hinaus sämtlichen Personen, die Aufgaben oder Befugnisse nach dem BayPVG wahrnehmen oder wahrgenommen haben, eine besondere Schweigepflicht aufzuerlegen. Sie soll die persönlichen Daten derer schützen, die Objekte des personalvertretungsrechtlichen Handelns sind. Die Pflicht zur Verschwiegenheit ergänzt die Nichtöffentlichkeit der PR-Sitzungen (Art. 35) in notwendiger Weise.

Die Beachtung der Schweigepflicht ist unerlässliche Voraussetzung für die nach Art. 2 Abs. 1 zwischen Dienststellenleitung und Personalvertretung geforderte vertrauensvolle Zusammenarbeit. Bei der Verschwiegenheitspflicht handelt es sich um eine Hauptpflicht des Personalvertretungsrechts. Sie schränkt als allgemeines Gesetz im Sinne von Art 5 Abs. 2 GG das Grundrecht des PR-Mitglieds auf freie Meinungsäußerung in verhältnismäßiger Art und Weise ein.

Persönlicher Geltungsbereich

Die Verpflichtung zur Verschwiegenheit trifft nicht nur die Mitglieder der Personalvertretungen und der JAV sowie Beauftragte von Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen, sondern alle Personen, die Aufgaben oder Befugnisse nach dem BayPVG wahrnehmen oder wahrgenommen haben.

Weiterer Personenkreis

Unter die Verpflichtung zur Verschwiegenheit fallen außerdem Dienststellenleiter und ihre Vertreter (Art. 7), Mitglieder des Wahlvorstands (Art. 20) und Wahlhelfer (§1 Abs 6 WO-BayPVG) sowie Bürokräfte, die den Personalvertretungen (Art. 44 Abs. 2, Art. 54 Abs. 1, Art. 56), den Jugend- und Auszubildendenvertretungen (Art. 62, 64) und dem Wahlvorstand (§1 Abs. 4 Buchst d WO-BayPVG) zur Verfügung gestellt werden. Zur Verschwiegenheit verpflichtet sind auch die Teilnehmer an den Sitzungen der Personalvertretungen, soweit sie bisher nicht schon als ohnehin unter Art. 10 fallend aufgeführt sind, also die Schwerbehindertenvertretungen, vgl. hierzu auch die Regelung in §96 Abs. 7 SGB IX, Beauftragte der Gewerkschaften und Vertreter der Arbeitgebervereinigungen (Art. 34 Abs. 4, Art. 36), aber auch Sachverständige, die der PR hinzuzieht, oder Sachbearbeiter, die den Dienststellenleiter mit Zustimmung des PR zum Zweck der Auskunftserteilung begleiten. Der Pflicht zur Verschwiegenheit unterliegen auch die Teilnehmer an den Personalversammlungen und an den Jugend- und Auszubildendenversammlungen und den gemeinschaftlichen Besprechungen nach Art. 67 Abs. 1 („Monatsgespräche“) sowie schließlich die Besucher der Sprechstunden (Art. 43), bei denen allerdings die Schweigepflicht entfallen dürfte, soweit dabei eigene Angelegenheiten des Besuchers besprochen werden.

Ersatzmitglieder, Stellvertreter

Ersatzmitglieder der Personalvertretungen (Art. 31, 54 Abs. 1, Art. 56) und der Jugend- und Auszubildendenvertretungen (Art. 60, 64) unterliegen in dieser Eigenschaft der Schweigepflicht erst, wenn sie für ein ausgeschiedenes oder

verhindertes Mitglied der Vertretung bzw. für eine Vertrauensperson eingetreten sind

Hinweispflicht des PR-Vorsitzenden

Trotz der allgemeinen Fassung des Art. 10, wonach infolge der Generalklausel keine Lücken denkbar sind, gehört es nach wie vor zu den Aufgaben des Vorsitzenden des Personalrates, die Mitglieder des Personalrates, die Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretungen, die Vertrauenspersonen, eintretende Ersatzmitglieder sowie alle (sonstigen) Teilnehmer an PR-Sitzungen bei Beginn ihrer Tätigkeit mit besonderem Nachdruck auf die Schweigepflicht hinzuweisen.

Zeitlich unbeschränkte Schweigepflicht

Die Schweigepflicht des Art. 10 endet nicht, wenn eine Person Aufgaben oder Befugnisse nach dem BayPVG nicht mehr wahrnimmt. Die Pflicht zur Verschwiegenheit ist also nicht auf die Dauer der Tätigkeit als Mitglied der Personalvertretung, der Jugend- und Auszubildendenvertretung usw. beschränkt; sie gilt auch nach dem Ausscheiden aus dem PR oder aus der Dienststelle. Auch frühere Dienststellenleiter, frühere Beschäftigte, frühere Beauftragte der Gewerkschaften unterliegen grundsätzlich zeitlich unbeschränkt der Schweigepflicht über Angelegenheiten und Tatsachen, die ihnen zu einer Zeit bekannt geworden sind, als sie Aufgaben und Befugnisse nach dem BayPVG wahrgenommen haben.

Hinzuzufügen ist, dass in vielen Fällen mit fortschreitender Zeit die Voraussetzungen des Abs. 2 vorliegen werden, weil inzwischen die infrage stehenden Angelegenheiten offenkundig geworden sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung mehr bedürfen.

Umfang der Schweigepflicht

Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich grundsätzlich auf alle Angelegenheiten und Tatsachen, die Personen bei der Wahrnehmung von Aufgaben oder Befugnissen nach dem BayPVG bekannt geworden sind. Dabei ist es unerheblich, ob diese Personen von irgendeiner Stel-

le (z. B. vom Vorsitzenden des PR oder vom Dienststellenleiter) allg. oder im Einzelfall auf die Pflicht zur Verschwiegenheit hingewiesen worden sind oder nicht.

Umfassender Begriff der „Angelegenheiten und Tatsachen“

Wie schon die Umschreibung des von Art. 10 erfassten Personenkreises keine Lücke offen lässt, so sind auch die Begriffe „Angelegenheiten und Tatsachen“, auf die sich die Schweigepflicht bezieht, umfassend zu verstehen.

Es fallen darunter z. B. nicht nur die einzelnen Tatbestände, über die der Personalrat zu unterrichten ist oder die sich aus den dem Personalrat für den gleichen Zweck zur Verfügung gestellten Unterlagen ergeben (Art. 69 Abs. 2), sondern auch die bei der Erörterung im PR zum Ausdruck gekommenen Meinungsäußerungen der Teilnehmer an der Sitzung des PR einschließlich der Stimmabgabe der einzelnen Mitglieder des Personalrats. Jedenfalls verlangen Äußerungen im Personalrat strengste Vertraulichkeit in wohlverstandenen Interesse der Dienststelle und der Beschäftigten, wonach der Dienststellenleiter nicht gehalten sein soll, über die von ihm in einem gemeinsamen Gespräch mit dem Personalrat gemachten Äußerungen Still-schweigen zu bewahren. Das gilt nicht nur für die Mitglieder des Personalrates, sondern auch für die sonstigen Teilnehmer an der Sitzung des Personalrates, also auch z. B. für Dienststellenleiter, Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretung, Beauftragte der Gewerkschaften. Auch der Inhalt eines PR-Beschlusses ist ein geheimhaltungsbedürftiges Internum, solange der Beschluss nicht umgesetzt ist, also noch keine Außenwirkung erlangt hat. Die Schweigepflicht des PR-Mitglieds kann sich nach den Umständen des Einzelfalls auch auf das vermutete Abstimmungsverhalten im PR bei geheimen Abstimmungen beziehen (BVerwG Beschl. v. 11. 1. 06 - 6 PB 17.05).

Zwecks Aufrechterhaltung der kollegialen Vertrauensgrundlage unter den gewählten PR-Mitgliedern ist es unabdingbar, dass das Verhalten Einzelner innerhalb dieses Gremiums nicht nach au-

ßen dringt. Nur hierdurch kann vermieden werden, dass von dritter Seite unzulässig Druck auf die gewählten Personalräte ausgeübt und dadurch die am gesetzlichen Auftrag orientierte Sacharbeit der Personalvertretung beeinträchtigt wird. Gänzlich wird das kollegiale Vertrauen dann untergraben, wenn das Verhalten eines Kollegen im Personalrat gerade zu dem Zweck offenbart wird, dass sich daraus nachteilige Folgen für das PR-Mitglied ergeben.

Ferner unterliegen dem Schutz des Art. 10 alle mündlichen und schriftlichen Äußerungen, die gegenüber Personen im Zusammenhang mit ihrer personalvertretungsrechtlichen Tätigkeit gemacht werden z. B. Beschwerden, Äußerungen in der Sprechstunde oder in der Personalversammlung, dagegen nicht die Telefonnummer eines Ansprechpartners.

In ganz besonderem Maß gilt dies für Angelegenheiten und Tatsachen, die einem Mitglied des PR durch Einsichtnahme in die Personalakten (Art. 69 Abs. 2 Satz 4) zur Kenntnis gelangt sind. Auch die Zusammenarbeit zwischen Dienststelle und Personalvertretung, gleichgültig, ob sie in den in Art. 32 Abs. 3, 4 vorgeschriebenen Formen oder in den Sitzungen des Personalrates (Art. 34 Abs. 4) oder in gemeinschaftlichen Besprechungen (Art. 67 Abs. 1) erfolgt, setzt gegenseitiges Vertrauen und gegenseitige Offenheit voraus (BVerwG, Beschl. v. 26. 2. 60 - VII P 4.59), was nicht ohne strikte Einhaltung der Schweigepflicht von beiden Seiten über den Inhalt der Besprechung denkbar ist.

Die Schweigepflicht des Personalrates ist auch bei der Erstattung des Tätigkeitsberichts in der Personalversammlung (Art. 49 Abs. 1) zu beachten.

Öffentlichkeitsarbeit (Meinungsausführungen, Kritik, Verbreiten von Forderungen außerhalb der Dienststelle) ist der Personalvertretung im Hinblick auf die Meinungsäußerungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG) grundsätzlich nicht verboten, jedoch durch die Verschwiegenheitspflicht eingegrenzt. Art. 10 ist ein „allgemeines Gesetz“ i. S. von Art. 5 Abs. 2 GG. Die Vorschrift richtet sich nicht gegen die Meinungsäußerung als solche, sondern dient in Bezug auf personalratsinterne Vorgänge dem Schutz der freien

und unabhängigen Willensbildung, welcher der Gesetzgeber gegenüber der uneingeschränkten Betätigung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit den Vorrang einräumen kann.

Abgrenzung zur Amtsverschwiegenheitspflicht

Durch seine Fassung ist Art. 10 klar von der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit des § 37 BeamtStG abgegrenzt; denn in Art. 10 bezieht sich die Verschwiegenheitspflicht auf Angelegenheiten und Tatsachen, die jemandem bei der Wahrnehmung von Aufgaben und Befugnissen nach dem BayPVG bekannt geworden sind, während sie sich in § 37 BeamtStG auf Angelegenheiten bezieht, die Beamtinnen und Beamten bei ihrer amtlichen Tätigkeit zur Kenntnis gelangt sind.

Beispiel:

Ein Beamter darf die durch seine amtliche Tätigkeit erlangten Kenntnisse (z. B. geplante Personalmaßnahmen) nicht anderen mitteilen, auch nicht Mitgliedern des PR, soweit es sich dabei nicht um Mitteilungen (z. B. des Dienststellenleiters oder eines von ihm Beauftragten) im dienstlichen Verkehr nach § 37 Abs. 2 Nr. 1 BeamtStG handelt.

Die Schweigepflicht nach Art. 10 und die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit nach § 37 BeamtStG können sich überschneiden.

Beispiel:

Für den Dienststellenleiter fallen Personalangelegenheiten der Beschäftigten seiner Dienststelle unter die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit nach § 37 BeamtStG. Die Äußerungen, die Mitglieder des PR dazu in seiner Gegenwart in der PR-Sitzung abgeben fallen für ihn auch unter die Schweigepflicht nach Art. 10.

Ausnahmen von der Schweigepflicht

Die Schweigepflicht gilt nicht für Mitglieder der Personalvertretung und der JAV gegenüber den übrigen Mitgliedern der Vertretung (Abs. 1 Satz 2 Nr. 1), wobei hier selbstverständlich nur das Verhältnis von PR-Mitgliedern innerhalb derselben Personalvertretung gemeint

ist (BayVGH, Beschl. v. 8.12.99-17 P 99.1582-; s. auch Beschl. v. 14.11.01 - 17 P 01.1526-). Dadurch soll den Mitgliedern dieser Organe untereinander der Gedankenaustausch und eine klärende Aussprache über die der Beschlussfassung unterliegenden oder sonst zur Erörterung stehenden Angelegenheiten ermöglicht werden. Es können daher unter den Mitgliedern einer Personalvertretung bzw. einer JAV auch Angelegenheiten und Tatsachen besprochen werden, die einem Mitglied der Vertretung bei Wahrnehmung der Aufgaben oder Befugnisse nach dem BayPVG (z. B. in einer Besprechung mit dem Dienststellenleiter, bei Entgegennahme einer Beschwerde oder in der Sprechstunde) bekannt geworden sind. Gegenüber Ersatzmitgliedern gilt dies nur, wenn und solange sie nach Art. 31 Abs. 1 für ein ausgeschiedenes oder ein verhindertes Mitglied eingetreten sind.

Unter die Ausnahme von der Schweigepflicht können aber nur Angelegenheiten und Tatsachen fallen, die dem Mitglied der Personalvertretung bzw. der JAV bei der Wahrnehmung der Aufgaben oder Befugnisse nach dem BayPVG bekannt geworden sind, also nicht Angelegenheiten, deren Kenntnis aus seiner amtlichen Tätigkeit stammt.

Beispiel:

Ein im Personalreferat beschäftigter Beamter (ohne selbstständige Entscheidungsbefugnis - Art. 14 Abs. 3), der Mitglied des PR ist, darf die ihm bei seiner amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen geplanten Personal- oder Haushaltsmaßnahmen den übrigen Mitgliedern des PR wegen § 37 BeamtStG nicht mitteilen, da die Ausnahmebestimmung des § 37 Abs. 2 Nr. 1 BeamtStG über Mitteilungen im dienstlichen Verkehr – anders als beim Dienststellenleiter – hier nicht Platz greifen.

Ausnahmen von der Schweigepflicht in Bezug auf den Inhalt der Mitteilung

Die Schweigepflicht besteht nicht für Angelegenheiten oder Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen (Abs. 2); vgl. dazu den insoweit gleichen Wortlaut des § 37 Abs. 2 Nr. 2 BeamtStG. Die Schweigepflicht ent-

fällt ferner, wenn der Dienststellenleiter in begründeten Einzelfällen von der Einhaltung der Schweigepflicht entbindet.

Offenkundige Angelegenheiten oder Tatsachen

Offenkundig sind Angelegenheiten oder Tatsachen, die jedermann weiß, die allgemein (also auch außerhalb der Dienststelle) bekannt oder jederzeit feststellbar sind (BVerfG, Beschl. v. 3.11.59-1) und gewissermaßen „auf der Hand liegen“ (BayVG, Beschl. v. 14.11.01 - 17 P 01.1526); danach könne schon die beschränkte Dienststellenöffentlichkeit ausreichen, um einen Verstoß gegen die Schweigepflicht auszuschließen. Unter die Pflicht zur Verschwiegenheit fallen daher nicht z. B. Angelegenheiten, die in Amtsblättern öffentlich bekannt gemacht sind. Aber auch zur Veröffentlichung bestimmte Vorgänge (z. B. Beförderungen) unterliegen bis zur Veröffentlichung der Schweigepflicht.

Eine Verletzung der Schweigepflicht liegt nicht vor, wenn eine im Kreis von PR-Mitgliedern ausgesprochene Äußerung weitergegeben worden ist, die ihr Urheber bereits an anderer Stelle und auch in öffentlichen Abhandlungen verbreitet hat (BayVG, Beschl. v. 10.2.61 - 9 IX 60).

Geringe Bedeutung von Angelegenheiten oder Tatsachen

Ob eine Angelegenheit oder Tatsache von so geringer Bedeutung ist, dass sie keiner Geheimhaltung bedarf, richtet sich nach den Einzelheiten des zur Beurteilung stehenden Falls. Als eine solche Angelegenheit ist z. B. der Antrag eines PR-Mitglieds auf zwei Tage Sonderurlaub für alle Beschäftigten der Dienststelle angesehen worden (VG Bln, Beschl. v. 8.2.62 - XIII A 5.62). Dagegen werden Angelegenheiten einzelner Beschäftigter, insb. Personalangelegenheiten, i. A. nicht als von geringer Bedeutung angesehen. ■

Warum nicht als Elektrotechniker oder Maschinenbauer Lehrkraft an beruflichen Schulen werden?

Stellungnahme des VLB zur neuen Sondermaßnahme

Das bayerische Kultusministerium hat Mitte Dezember unter dem Motto „Warum nicht als Elektrotechniker oder Maschinenbauer Lehrkraft an beruflichen Schulen werden?“ eine neue Sondermaßnahme auf den Weg gebracht, um für die beiden Fachbereiche zusätzlichen Lehrernachwuchs zu gewinnen.

Der VLB ist sich der Notwendigkeit dieser Maßnahme bewusst, weist aber mit Nachdruck in einer Stellungnahme auf wichtige Aspekte bei der Umsetzung hin, die es gilt zu berücksichtigen.

Nachfolgend zuerst der Ausschreibungstext des Kultusministeriums, wie er dem VLB per Pressemitteilung zugegangen ist:

Sondermaßnahme zur Sicherung des Lehrernachwuchses an beruflichen Schulen - Jeweils 20 Diplom- und Masterabsolventen aus Elektrotechnik und Maschinenbau werden zum Referendariat zugelassen

Zum kommenden Schuljahr 2014/15 erhalten jeweils bis zu 20 Diplomingenieure oder Masterabsolventen der Fachrichtungen Elektrotechnik und Maschinenbau die Möglichkeit, den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an beruflichen Schulen zu absolvieren. Diese Sondermaßnahme des Bayerischen Kultusministeriums dient der Sicherung des Lehrernachwuchses an beruflichen Schulen und eröffnet Absolventen der Universitäten und Hochschulen die Chance, den Lehrberuf zu ergreifen, auch wenn sie keinen Lehramtsstudiengang absolviert haben. Einzig Diplomabsolventen von Fachhochschulen können nicht in das Programm aufgenommen werden.

Bevorzugt berücksichtigt werden Bewerberinnen und Bewerber, welche die Diplom- oder Masterprüfung nach 2008 abgelegt und mit der Note gut oder besser bestanden haben. Absolventen, die

darüber hinaus eine einschlägige Berufsausbildung oder mindestens einjährige einschlägige Erfahrung durch ein Betriebspraktikum oder Berufstätigkeit besitzen, werden besonders zur Bewerbung ermutigt.

Der Vorbereitungsdienst schließt mit der Zweiten Staatsprüfung ab und befähigt zur Ausübung des Lehramts an beruflichen Schulen. Aufgrund der guten Anstellungschancen für Lehrkräfte der MINT-Fächer bietet diese Sondermaßnahme des bayerischen Kultusministeriums die Chance für den Einstieg in ein attraktives Berufsfeld.

Formlose Bewerbungen mit einer amtlich beglaubigten Kopie des Diplom- bzw. Master- und Bachelorzeugnisses für die Zulassung zum Vorbereitungsdienst können bis zum 31.01.2014 an das

Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Referat VII.2, 80327 München gerichtet werden.

Die Auswahlgespräche finden bis Mitte März 2014 in München und Nürnberg statt.

Für Fragen zum Bewerbungsverfahren steht Ihnen Herr Brandstetter unter 0172/2611452 zur Verfügung. Allgemeine Fragen beantwortet Frau Reuter-Meyns unter 089/2186-2301.

Diese Sondermaßnahme wurde im Geschäftsführenden Vorstand intensiv diskutiert und in Zusammenarbeit mit dem VLB-Referenten für Lehrerbildung Max-Peter Neumann nachfolgende VLB-Stellungnahme dazu erarbeitet:

VLB-Stellungnahme zur Sondermaßnahme

Das Kultusministerium gibt im Schuljahr 2014/2015 im Rahmen einer Sondermaßnahme jeweils bis zu 20 Diplomingenieuren oder Masterabsolventen der Fachrichtungen Elektrotechnik und Maschinenbau die Möglichkeit, den Vorbe-

reitungsdienst für das Lehramt an beruflichen Schulen zu absolvieren.

Mit diesem Angebot reagiert das Kultusministerium auf den großen Lehrermangel in diesen Fächern. Der derzeitige Bedarf an Berufsschullehrern mit den Fachrichtungen Metalltechnik und Elektrotechnik kann auch auf absehbare Zeit nicht durch Bewerber gedeckt werden, die das Lehramt an beruflichen Schulen grundständig studieren. Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung des Kultusministeriums nachvollziehbar.

Folgende Aspekte sind aus Sicht des VLB aber von besonderer Bedeutung:

1. Im Gegensatz zu früheren Sondermaßnahmen absolvieren die Teilnehmer der Sondermaßnahme das übliche zweijährige Referendariat.

Dieses Vorgehen ist aus Sicht des VLB ausdrücklich zu begrüßen.

Durch das Durchlaufen des Vorbereitungsdienstes werden die Diplomingenieure/Masterabsolventen mit dem notwendigen didaktisch-methodischen Rüstzeug ausgestattet, wenn auch im Nachgang und nicht in dem Maße vorqualifiziert wie die grundständig Studierenden.

Des Weiteren werden die Diplomingenieure/Masterabsolventen auf diese Weise planvoll und geeignet in die Tätigkeit des Lehrberufes eingeführt. Dieses Vorgehen nützt allen Beteiligten (Schüler, Schule, Teilnehmer an der Sondermaßnahme) und sichert die Unterrichtsqualität.

Durch das geforderte Ablegen der Prüfungen für das zweite Staatsexamen gemäß der LPO II wird einerseits die Qualifikation nachgewiesen, andererseits stellt dies eine Gleichbehandlung mit den Lehramtsanwärtern dar, die diese Fächer grundständig studiert haben.

2. Bei der Einstellung in den Staatsdienst haben die Teilnehmer der Sondermaßnahme keine Privilegien gegenüber den grundständig studierten Bewerbern.

Dies trifft sowohl auf die Einstellungsnote als auch für den gewünschten Einsatzort zu. Auch hinsichtlich der Besoldung und der Bedingun-

gen für die Verbeamtung sind beide Gruppen gleichgestellt.

Es war und ist eine zentrale Forderung des VLB, dass die Teilnehmer der Sondermaßnahme durch keine Privilegien gegenüber den grundständig Studierenden bevorzugt werden. Die nun vollzogene Gleichbehandlung der beiden Gruppen wird deshalb ausdrücklich begrüßt. Der Vergleich mit früheren Sondermaßnahmen zeigt, dass dies nicht immer so war.

3. Die Anzahl der Teilnehmer ist auf jeweils 20 Diplomingenieure/Masterabsolventen der Fachrichtungen Elektrotechnik und Maschinenbau begrenzt.

Durch die begrenzte Anzahl ist sichergestellt, dass diese Maßnahme keine Konkurrenz für die grundständig Studierenden darstellt.

In den Gesprächen mit den Vertretern des Kultusministeriums betont der VLB ausdrücklich, dass Sondermaßnahmen nur eine Ausnahme darstellen können, um eine aktuelle Not-situation zu überbrücken. Auf keinen Fall darf hier eine Konkurrenz zu den grundständig Studierenden entstehen.

Die grundständig Studierenden haben sich von Anfang an für das Lehramt für berufliche Schulen entschieden. Sie haben entweder vorher eine entsprechende Ausbildung zum Facharbeiter absolviert oder haben das sehr umfangreiche

Betriebspraktikum abgeleistet. Sie haben sich bereits im Studium im Rahmen von Vorlesungen und Seminaren mit Fragen der Psychologie, der Pädagogik, der Methodik, der Fachdidaktik intensiv auseinandergesetzt und ihre Kenntnisse in entsprechenden Schulpraktika vertieft und angewendet.

Nicht zuletzt haben sie auch ein Zweitfach studiert und dabei erhebliche Mühen auf sich genommen. Für ihren zukünftigen Arbeitgeber stellen sie damit eine breite und flexible Einsetzbarkeit sicher.

Dieses sind nur einige Argumente dafür, warum Sondermaßnahmen nur mit großem Bedacht und gut abgewogen eingesetzt werden sollten. Der VLB wird solche Maßnahmen immer aufmerksam begleiten und seine begründeten Argumente in die Überlegungen nachdrücklich mit einbringen.

Auf längere Frist gilt es, mehr grundständig Studierende gerade in den Mangelfächern zu gewinnen. Dies ist zwar in der momentanen Situation nicht einfach, der VLB bemüht sich aber in dieser Hinsicht besonders – auch was die Verbesserung der Rahmenbedingungen beim Studium angeht.

Nachzudenken gilt es auch, wie Lehramtsabsolventen mit anderen Erstfächern, die im Moment nicht so stark nachgefragt werden, als Ausgleich eingesetzt werden können.

*Max-Peter Neumann
Referent für Lehrerbildung, VLB*

Ergebnisse einer Befragung der Seminarlehrer:

Die Strukturreform der Lehrerbildung

MAX-PETER NEUMANN

Die konstruktiv-kritische Begleitung von Veränderungen im Bereich der beruflichen Schulen ist eine der Aufgaben des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen. Daher führte der Referent für Lehrerbildung im Auftrag des VLB-Vorstandes bei der Seminarlehrerfortbil-

dung in Dillingen eine Befragung der Seminarlehrer über die Strukturreform der Lehrerbildung durch. Hierzu wurden den Seminarlehrern folgende Fragen gestellt:

1) Wie ist die Strukturreform der Lehrerbildung bei Ihnen grundsätzlich angekommen? (geschlossene Fragestellung – Antwort durch Ankreuzen)

- 2) Welche Vorteile/ positive Entwicklungen sehen Sie in der aktuellen Strukturreform? (offene Fragestellung – freie Antwort)
- 3) Welche Nachteile/ negative Entwicklungen sehen Sie in der aktuellen Strukturreform? (offene Fragestellung – freie Antwort)
- 4) Was ich sonst noch sagen wollte (Vorschläge, Problemfelder usw.): (offene Fragestellung – freie Antwort)

Absicht der Befragung

Zielsetzung des Referenten für Lehrerbildung ist es, die Anliegen, Vorschläge und die in der Lehrerbildung auftretenden Probleme aufzugreifen, diese Anregungen über den VLB bei den entsprechenden Stellen anzusprechen, in die Diskussion einzubringen und möglichst Verbesserungen im Sinne einer optimalen Lehrerbildung zu bewirken. Um diese Aufgabe gut wahrnehmen zu können, ist unter anderem eine möglichst umfassende Rückmeldung von den Seminarlehrern nötig. Diesem Zweck diene die beschriebene anonyme Befragung.

Zur Vorgehensweise bei der Auswertung

Bei den offenen Fragestellungen (Frage 2 bis 4) wurden die einzelnen Aussagen der Seminarlehrer eins zu eins in die Auswertung übernommen und eingefügt, sodass keine Verfälschungen auftreten konnten. Dieses Vorgehen gewährleistet eine klare und objektive Darstellung und stellt sicher, dass jede Aussage jedes einzelnen Seminarlehrers übernommen wurde.

Besprechungen der Auswertung

Die Auswertung wurde zunächst durch den VLB-Referenten für Lehrerbildung, dem leitenden Seminarvorstand Georg Hirner und den Seminarvorständinnen Angela Hendschke-Lug und Monika Pfahler vorgestellt und anschließend ausführlich und ins Detail gehend diskutiert. Dabei wurden auch die Aussagen von Referendaren, die anlässlich des VLB-Symposiums 2013 in Nürnberg befragt wurden, in das Gespräch mit einbezogen und gründlich diskutiert, um ein möglichst umfassendes Gesamtbild der Lehrerbildung zu erhalten.

Nachdem die Auswertung intern im Kreis der Seminarvorstände diskutiert wurde und der Leitende Seminarvorstand Hirner eine schriftliche Stellungnahme zur Auswertung verfasst hatte, kam es zu einer weiteren Besprechungsrunde mit ebendiesem, Ministerialrat Pommer und dem VLB-Referenten für Lehrerbildung. Die wesentlichen Grundaussagen der Auswertung wurden hier nochmals thematisiert, gründlich diskutiert und die – teils unterschiedlichen – Standpunkte zu den einzelnen Aussagen gegenübergestellt.

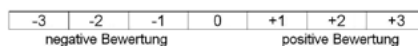
Insgesamt bleibt festzuhalten, dass sich alle Beteiligten bei den Gesprächen viel Zeit nahmen. Die Gespräche waren intensiv und von einer offenen, sachlichen und konstruktiven Grundstimmung getragen.

Mdgt. German Denneborg nahm bei der kaufmännischen Fachtagung im Oktober 2013 in Würzburg zu der Auswertung Stellung. Unter dem Hinweis, dass die Befragung zeitlich nah an der gerade erst durchgeführten Strukturreform erfolgte, regte er an, diese zu gegebener Zeit nochmals durchzuführen. Dieser Vorschlag wird gerne aufgegriffen.

Inhaltliche Darstellung der Befragung

Die gesamte Auswertung hier vorzustellen ist nicht möglich, deshalb eine kurze Darstellung im Überblick.

 Ergebnis zu Frage 1:



	Anzahl
3	0
2	1
1	8
0	13
-1	18
-2	15
-3	4
Keine Antwort	5

Zu Frage 1:

Wie ist die Strukturreform der Lehrerbildung bei Ihnen grundsätzlich angekommen? (geschlossene Fragestellung – Antwort durch Ankreuzen)

Bei der Besprechung der Auswertung wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass die Befragung zeitlich relativ nah zur Durchführung der Strukturreform erfolgte und deshalb eine endgültige Bewertung noch nicht erfolgen könne. Auch aus diesem Grund ist eine zweite Befragung zu einem späteren Zeitpunkt sinnvoll.

Zu Frage 2:

Welche Vorteile/ positive Entwicklungen sehen Sie in der aktuellen Strukturreform? (offene Fragestellung – freie Antwort)

Als Vorteile werden das Bemühen um Vereinheitlichung der Lehrerbildung in Bayern und die Absprache der Seminarvorstände aufgeführt. Auch die Bemühungen um klare Organisationsabläufe, das Bemühen um Transparenz bei den Organisationsabläufen und die Verbesserung der Homepage werden als Vorteile herausgestellt.

Die neue Organisationsstruktur bei Lehrproben wird hier von einem Teil der Befragten als positiv empfunden. Bei der nachfolgenden Fragestellung gibt es hierzu jedoch auch kritische Stimmen. Dieses geteilte Meinungsbild zeigt sich auch beim Thema Universitätsschulen, bei der Maßnahme, dass Schulleiter Schulrecht bei den Referendaren vermitteln sollen und der Überlegung, dass Seminarlehrer später verstärkt in die Schulleitung gehen sollen.

Die neuen Regelungen zur Deutsch-Ausbildung werden als Verbesserung gesehen. Die Besuche der Seminarvorstände im Seminar werden als konstruktiv empfunden.

Zu Frage 3:

Welche Nachteile/ negative Entwicklungen sehen Sie in der aktuellen Strukturreform? (offene Fragestellung – freie Antwort)

Bemängelt wird, dass gut funktionierende Strukturen aufgelöst wurden, der Trend zum „Zentralismus“ wird kritisch gesehen. Des Weiteren wird eine fehlen-

de Transparenz bei den erfolgten Personalentscheidungen kritisiert sowie eine mangelnde Einbindung der Seminarlehrer bei der Strukturreform.

Durch das verstärkte Einsetzen einer Vielzahl von Prüfungsvorsitzenden bei Lehrproben wird befürchtet, dass eine einheitliche Linie bei der Lehrprobenbewertung eher gefährdet ist.

Deutlich wird angeregt, dass die Seminarvorstände die Studienreferendare mehr „sehen“ sollten (z. B. durch Abhalten von Modulen), nicht nur in Hinblick auf die abschließende Beurteilung der Studienreferendare. Es wird ein noch ausgeprägteres pädagogisches Wirken der Seminarvorstände gewünscht.

Bei den Modulen werden Qualitätsunterschiede bemängelt, die verschiedenen Module sollten außerdem inhaltlich besser abgestimmt werden.

Organisatorische Aspekte werden ebenfalls kritisch angemerkt, z. B. in Hinblick auf die neue Lehrprobenorganisation. So wird z. B. bemängelt, dass sich die Studienreferendare sehr früh festlegen müssen, in welchem Fach sie die erste bzw. zweite Lehrprobe abhalten wollen. Der neue Einstellungstermin im Februar wird als organisatorisch aufwändig bewertet.

Bei dem Universitätsschulkonzept wird u. a. befürchtet, dass der ländliche Raum geschwächt wird.

Kritisch sehen die Befragten die geplante zeitliche Befristung der Seminarlehrertätigkeit (zum Zeitpunkt der Befragung waren 5 Jahre plus einer eventuellen Verlängerung im Gespräch). Erwähnt wird weiterhin, dass ein nicht unerheblicher Teil der Organisationsarbeit auf die Seminarlehrer (insbesondere SL I) verlagert wurde. Prinzipiell wird auch ein geringerer „gefühlter“ pädagogischer Freiraum angeführt. Die veränderten Hausarbeitsvorgaben bedürfen bezüglich der Korrektur noch Absprachen, Ähnliches gilt für die Lehrprobenbewertung.

Zu Frage 4:

Was ich sonst noch sagen wollte (Vorschläge, Problemfelder usw.): (offene Fragestellung – freie Antwort)

Häufig wird mehr informeller Kontakt (z. B. in regionalen, kleinen Arbeits-



Sie diskutierten intensiv die Ergebnisse der Befragung: (von links) Max-Peter Neumann, Angela Hendschke-Lug, Monika Pfahler und Georg Hirner.

gruppen) zwischen Seminarlehrern und Seminarvorstand gewünscht, um dort Fragen z. B. zur Didaktik zu diskutieren und sich abzugleichen. So wird z. B. eine „Überbetonung“ der handlungsorientierten Unterrichtsformen bemängelt, die Berücksichtigung der Ergebnisse der Hattie-Studie bei der didaktischen Diskussion angemahnt und z. B. mehr Absprache unter den Prüfungsvorsitzenden gefordert, um gleiche Prüfungsstandards für alle Referendare zu garantieren. Es besteht ebenfalls der Wunsch, dass sich die Seminarlehrer untereinander verstärkt austauschen und abgleichen. Der Förderung der Lehrerpersönlichkeit sollte prinzipiell noch mehr Achtung geschenkt werden.

Bei den Modulen sollen sich die Modulanbieter stärker austauschen, um die inhaltliche Struktur des gesamten Modulangebotes zu verbessern. Zugleich werden zahlenmäßig kleinere Modulgruppen gewünscht.

Gewünscht wird auch mehr „fachlicher Input“ für die Seminarlehrer.

Über die oben erwähnten Beispiele hinaus gab es viele weitere kritische und konstruktive Anregungen zu den Themen Organisation, Februartermin, Seminarvorstände, Module und Hausarbeit. Alle Anregungen und Vorschläge hier darzustellen, würde zu weit führen. Es wurde Wert darauf gelegt, dass jeder einzelne dieser Vorschläge bei den Verantwortlichen angesprochen und diskutiert wurde.

Resümee

Im Ergebnis bewertet der VLB-Referent für Lehrerbildung die Befragung der Seminarlehrer unter Hinzunahme der Aussagen der Referendare beim VLB-Symposium in Nürnberg als eine sinnvolle Maßnahme. So konnten auf diesem Wege die Erfahrungen und Meinungen der Seminarlehrer und der Referendare an die Verbandsgremien und die Verantwortlichen weitergereicht werden.

Die Erfahrungen und Rückmeldungen der Betroffenen und das wertschätzende Aufgreifen dieser Rückmeldungen durch die Verantwortlichen sind ein wesentlicher und notwendiger Aspekt für das Gelingen unseres gemeinsamen Zieles, nämlich eine möglichst optimale Lehrerbildung zu verwirklichen, zum Wohle unserer Schüler als auch unserer zukünftigen jungen Kollegen. ■

Beispielloser Erfolgsweg – die bayerische Berufliche Oberschule eilt von Erfolg zu Erfolg:

Statistik belegt die Praxis

RÜDIGER KLEIN

Es ist längst eine Binsenweisheit: Die bayerische FOS/BOS ist ein Erfolgsmodell unter den beruflichen Schulen wie so schnell keines mehr. Zuletzt wurde diese Behauptung vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Wissenschaft und Kunst mit eindrucksvollen Zahlen untermauert.

Die 9. Fachtagung FOS/BOS, die am 15. Februar 2014 in Neu-Ulm stattfindet, kann sich auf solide Fakten stützen, wenn es darum geht, neuerlich die Strahlkraft dieser Schulart ins rechte Licht zu rücken. Die positive Entwicklung der Schülerzahlen in der 11. Jahrgangsstufe der FOS ist nicht zu übersehen und der Trend steigender Schülerzahlen ist ungebrochen. Diese Entwicklung wird, anders als noch vor ein paar Jahre vermutet oder befürchtet, bis weit in die 2020er Jahre hinein anhalten.

Aktuelle Zahlen

Im Schuljahr 2013/14 sind die Schülerzahlen in allen Klassenstufen der FOS abermals gestiegen. Der Zuwachs beläuft sich auf 3,1 Prozent und die FOS erreicht damit eine absolute Schülerzahl von über 56.000 Schülern.

In den 11. Klassen konnten die Statistiker des Kultusministeriums gar einen Zuwachs von 10,3 Prozentpunkten verzeichnen, womit die Schülerzahl bei den 11. Klassen in absoluten Zahlen angegeben deutlich über 21.000 Schülern liegt. Nach leichten Rückgängen in den Schuljahren 2011/2012 und 2012/2013 ist ein deutlicher Zuwachs zu beobachten. Erfreulich ist dabei auch, dass die Zuwächse insbesondere auf die Fachrichtungen Wirtschaft und Technik entfallen und weniger stark als erwartet bei der Fachrichtung Sozialwesen ausfallen.

Bei den FOS-Vorklassen, die ja erst im Schuljahr 2011/2012 modellhaft gestartet wurden, sind die Zahlen sogar sprunghaft angestiegen. Mittlerwei-

le besuchen in Bayern 1014 Schülerinnen und Schüler die FOS-Vorklassen. Und man kann sich ausrechnen, wie die Schülerzunahme in diesen Klassen nach oben schnell, wenn die Modellphase mit der Implementierung jeweils wenigstens einer Vorklasse an jeder bayerischen FOS abgeschlossen ist.

Ein Wermutstropfen in der Statistik des Kultusministeriums ist freilich auch zu beobachten. Die Schülerzahlen in der Berufsoberschule stagnieren seit einigen Jahren und waren zuletzt leicht rückläufig. Bedauerlich bei einem Gesamtminus von 2,5 Prozent für das laufende Schuljahr 2013/2014 ist ein überproportionaler Verlust in den Techniker-Klassen. Da zeigt die Kurve nun bereits das zweite Jahr in Folge nach unten. 6,9 Prozentpunkte hat dieser Ausbildungszweig beim Zuwachs verloren, wohingegen der Wirtschaftszweig und die Fachrichtung Sozialwesen jeweils nur rund 3,5 Prozentpunkte verloren haben.

Auch die Übertrittsquoten für die BOS und die FOS 13 sind nach einem Allzeithoch im Schuljahr 2011/2012 vorsichtig abgeschmolzen. Bei der BOS 13 ist ein Verlust von 2,0 Prozent zu beobachten und bei der FOS 13 wurde ein Minus von 2,5 Prozent errechnet.

Erfreulich jedoch, dass sich die Schülerzahlen in der FOS 13 bei den Fach-

richtungen Wirtschaft und Technik stabilisiert haben, die Fachrichtung Sozialwesen erlebte dagegen auf hohem Niveau einen leichten Rückgang.

Immerhin besuchen aktuell ca. 44 Prozent aller „geeigneten“ Schülerinnen und Schüler, das sind diejenigen Fachabiturienten die einen Notenschnitt von 2,8 erreicht haben, die FOS 13. Von allen FOS 12-Absolventen sind dies aber nur ca. 21,37 Prozent.

Budgetdefizit in der FOS/BOS wurde reduziert

Vom Allzeithoch des Budgetdefizits an den bayerischen Fach- und Berufsoberschulen hat sich der Freistaat mittlerweile doch deutlich entfernt. Musste man in den Schuljahren 2008/2009 und 2009/2010 noch ein Budgetdefizit von 8,6 bzw. 8,5 Prozent ausweisen, so beläuft sich das Defizit im Schuljahr 2012/2013 nur noch auf 3,1 Prozent und die Tendenz ist weiter fallend. Immerhin konnte das Kultusministerium im Doppelhaushalt 2013/2014 mit einer erklecklichen Anzahl an Lehrer-Planstellen nachbessern, wenn dabei auch die beruflichen Schulen insgesamt wieder eher steifmütterlich behandelt werden. Wobei aber festzuhalten bleibt, dass in einigen Fachrichtungen (erwähnt seien nur Metall und Elektro) der Absolventenmarkt leergefegt ist – also beim besten Willen keine geeigneten Lehrkräfte mehr aufzutreiben sind. ■

Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Wissenschaft und Kunst. Statistisches Material vom 3. November 2013

Termin: 15. Februar 2014

9. FOS/BOS-Tag in Neu-Ulm:

FOS/BOS: Kerngeschäft Unterricht erfolgreich meistern

HANS DIETRICH

Unter dem Motto „Kerngeschäft Unterricht – neue Herausforderungen erfolgreich meistern“ lädt der VLB zur 9.

Fachtagung FOS/BOS am 15. Februar 2014 nach Neu-Ulm ein. Die Fachgruppe um FOS/BOS-Referent Hans Dietrich hat wiederum ein attraktives Programm zusammengestellt. Stand im letz-

Themen der Präsentationen und Arbeitskreise sind (in Stichworten)

- > Elternarbeitskonzept
- > Hochschulkooperation
- > Neue Ausbildungsrichtungen
- > Neues Lehrplanmodell
- > Neue Aufgabenkultur
- > Info-Terminals
- > Sozial- und Methodenkompetenz
- > VIBOS
- > QmbS
- > Mobbing- und Gewaltprävention
- > Ernennungs- und Funktionsrichtlinien

Das detaillierte Tagungsprogramm finden Sie ab Januar 2014 aktuell auf der Website www.vlb-bayern.de

ten Jahr auf Grund damals bevorstehender Wahlen das politische Moment im Vordergrund, so ist bei der diesjährigen Tagung der Fokus eindeutig auf den Unterricht gelegt.

Der Vormittag

Die einzelnen Präsentationen und Arbeitskreise (siehe Kasten) befassen sich mit konkreten fachlichen Inhalten, insbesondere in den beiden neuen Ausbildungsrichtungen. Die Informationen darüber können auch die Diskussionen an den einzelnen Schulen anstoßen, sich um eine dieser neuen Ausbildungsrichtungen zu bemühen.

Von genereller Bedeutung für die Unterrichtsarbeit ist das neue Lehrplanmodell, die Einbeziehung der VIBOS in die Unterrichtsarbeit sowie die in Zusammenarbeit mit Studienseminaren angebotenen methodenbezogenen Arbeitskreise für einzelne Fachbereiche. Weitere Impulse für die eigene Schulentwicklung können vom Besuch der Arbeitskreise und Präsentationen ausgehen, die sich mit Hochschulkooperation oder der Zusammenarbeit mit dem Elternhaus ergeben, ist doch durch die Novellierung des BayEUG jede Schule verpflichtet, ein Elternarbeitskonzept zu entwickeln. Eine Vielzahl von Fachoberschulen und Berufsoberschulen hat sich bereits QmbS geöffnet. Noch nicht beteiligte Schulen wie auch in diesem Bereich erfahre-

ne Schulen bietet sich in Neu-Ulm ein eigenes Forum. Eine Neuerung stellt die Einbeziehung einer Turnhalle in die Tagung dar, wo Mobbing- und Gewaltprävention in Theorie und Praxis dargestellt werden.

Der Hauptpersonalrat wird aktuelle Informationen zu Ernennungs- und Funktionsrichtlinien geben sowie für individuelle Anliegen zur Verfügung stehen.

Der Nachmittag

Aus zwingenden terminlichen Gründen finden bei der diesjährigen Tagung die Präsentationen und Workshops am Vormittag statt. Am Nachmittag erwartet die Gäste mit einem Vortrag von Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer zum Umgang junger Menschen mit digitalen Medien ein besonderer Leckerbissen, wenn der international renommierte Wissenschaftler der Universität Ulm über digitale Demenz sprechen wird.

Abgeschlossen wird die Tagung durch aktuelle Informationen aus dem Staatsministerium und die Gelegenheit, an den zuständigen MR Liebl Fragen zu richten und in einen Dialog einzutreten.

Rahmenprogramm

Erstmals wird es eine regional ausgerichtete Promenade geben, bei der best-practice-Beispiele der gastgebenden FOS/BOS Neu-Ulm vorgestellt werden und Informationsmöglichkeiten zur Region Ulm/Neu-Ulm, zu den dortigen Hochschulen und zum Bildungssystem von Baden-Württemberg bestehen.

Eine reichhaltige Lernmittelausstellung stellt ein zusätzliches Angebot für das erfolgreiche Meistern des Kerngeschäfts Unterrichts dar.

Die gastgebende FOS/BOS Neu-Ulm mit ihrer Schulleiterin Dr. Maike Tholen geht gut gerüstet in die Veranstaltung. Erst vor einem Jahr wurde die grundlegende Sanierung des Schulgebäudes abgeschlossen, das nun für den FOS/BOS-Tag ideale Voraussetzungen bietet. Mitglieder des VLB wie auch (Noch-) Nichtmitglieder sind herzlich willkommen. Das laufend aktualisierte Detailprogramm kann ab Januar 2014 unter www.vlb-bayern.de abgerufen werden. ■

Zwei bewährte Schularten in neuem Gewand:

Die Berufliche Oberschule Neu-Ulm

Staatliche Fachoberschule und Berufsoberschule

DR. MAIKE THOLEN, GREGOR FRIEDRICH

Seit Januar 2013 schätzen wir uns glücklich, alle Schülerinnen und Schüler in neuen und modern ausgestatteten Klassenzimmern unterrichten zu können.

Passivhaus Standard

In Neu-Ulm ist ein Schulgebäude entstanden, welches bezüglich der Qualität von Unterrichtsräumen ganz neue Maßstäbe setzt. Die Beleuchtung hat Tageslichtqualität, der Schallschutz ist ideal dimensioniert, die technische Ausstattung ermöglicht modernsten Unterricht in jedem Raum und die Luft im Klassenzimmer ist auch nach einem langen Unterrichtstag noch so frisch wie am Morgen.

Der Landkreis Neu-Ulm hat mit dieser Investition den steigenden Schülerzahlen Rechnung getragen und einen Lern- und Arbeitsort geschaffen, der ein attraktives und vielfältiges Bildungsangebot weit über dessen Grenzen hinaus darstellt.

Übergänge erfolgreich gestalten

Die Berufliche Oberschule stellt sich auf ganz unterschiedliche Bedürfnisse von Schülern ein. Die Vorklassen der Fach- und Berufsoberschule sollen Schülern, die ihren mittleren Schulabschluss nicht über die Realschule oder das Gymnasium erworben haben, den Weg zu einer Hochschulreife ebnen.

Neben diesen Vollzeitklassen werden auch Vorkurse zur Vorbereitung auf die Fach- wie auch auf die Berufsoberschule



Sie fühlen sich sichtlich wohl – die Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Oberschule Neu-Ulm – in ihrem neuen Schulgebäude. Den Architekten ist dabei ein wohl durchdachtes Konzept gelungen.



le an Samstagen angeboten. Um Schülern im Anschluss an ihre Hochschulreife den Zugang zur Hochschule oder Universität zu erleichtern, arbeiten wir im Rahmen eines Schulversuches an der Gestaltung des Seminarfaches mit. Es geht hierbei um die Begleitung von Schülern bei der Erstellung und Präsen-

tation einer wissenschaftspropädeutischen Arbeit.

Besonders begabte Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 12 der Fachoberschule können in der Ausbildungsrichtung Wirtschaft anstelle des Unterrichtsfaches Wirtschaftsinformatik an Vorlesungen der Hochschule Neu-Ulm

zum Thema Datenbanken teilnehmen. So können sie bereits als Schüler Studiererfahrungen sammeln sowie ECTS-Punkte erhalten. Ziel dieser wegweisenden und bislang für die Beruflichen Oberschulen in Bayern einmaligen Kooperation ist es, Lust auf und Mut zu einem Studium zu vermitteln.

Schule weiterentwickeln

Die Berufliche Oberschule Neu-Ulm hat sich nicht nur äußerlich verändert, sondern entwickelt sich auch durch die Teilnahme an verschiedenen Schulversuchen stetig weiter. Neben der bereits genannten Einführung der Vorklasse FOS sowie des Seminarfaches wird Schülern der Ausbildungsrichtung Technik die Teilnahme an einem computergestützten Algebrasystem (CAS) im Fach Mathematik ermöglicht. Zwei Klassen werden im laufenden Schuljahr erstmalig eine veränderte Mathematikabschlussprüfung am Laptop schreiben.

Neu-Ulm ist eine von drei Beruflichen Oberschulen in Bayern, die in diesem Schuljahr mit der neuen Ausbildungsrichtung Gesundheit starten konnten. Den Interessen junger Menschen für den Bereich Pflege und Gesundheit soll mit einer zeitgemäßen und zukunftsorientierten Bildung auf wissenschaftlicher Basis entsprochen werden.

Kommunikation pflegen

Der neue bauliche Rahmen schafft ideale Bedingungen für ein gemeinsames Lernen und Arbeiten von Schülern, Lehrern und Eltern. Eine lebendige Schülermitverantwortung (SMV) sowie ein aktiver Elternbeirat bereichern das Schulleben in besonderem Maße. So können auch neue Projekte wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ auf eine breite Basis gestellt werden.

Ein effizientes Verwaltungs- und Unterrichtsnetz sorgen ebenso für reibungslosen Datenaustausch wie neue internetbasierte Tools, die für Schüler, Eltern und Lehrer Zugang zu tagesaktuellen Stundenplänen u. a. ermöglichen.

Es stehen technische Mittel zur Verfügung, die es erlauben, in allen Räumen jederzeit digitale Medien im Unterricht einzusetzen sowie Informationen über Internet und Intranet weiterzugeben. ■

Unterrichtsprojekt der Würzburger Fotografen-Abschlussklasse in Madrid:

„Gente – Imágenes – Emociones“

PETER THIEL

Eine reine Vergnügungsreise war es für die Schülerinnen und Schüler der Würzburger Fotografen-Abschlussklasse nicht, ihr einwöchiger Workshop, zu welchem sie im September nach Madrid geflogen waren. Dennoch: „Eine richtig coole Sache“, sei das gewesen, finden sie. Klar, denn in erster Linie ging es ja dabei auch um Fotografie, und das ist eben ihre Welt.

Zum Hintergrund

Seit Jahren schon führt die Würzburger Franz-Oberthür-Schule mit ihrer jeweiligen Foto 12 ein Projekt durch, das aus dem einwöchigen Besuch einer europäischen Großstadt sowie einer anschließenden Bilderausstellung besteht. Nicht nur fachlich, sondern auch in anderer Hinsicht gibt es bei einem solchen Unternehmen für die jungen Leute eine Menge zu lernen. Das gilt zunächst für die Vorbereitung und Durchführung der Reise, bei der sich die Klasse mit Land, Leuten und Kultur auseinandersetzt, dann aber auch für die Gestaltung der Ausstellung, die ja bei einer Fachklasse bestimmten Ansprüchen gerecht werden muss. Diesmal also war der Bestimmungsort, wie gesagt, Madrid.

Unterricht an einem anderen Ort

„Wir legen großen Wert auf die Feststellung, dass es sich bei der Reise nicht um einen Schülerausflug im herkömmlichen Sinne gehandelt hat, sondern um Unterricht an einem anderen Ort“, sagte Klassenlehrer Thomas Seydl, der zusammen mit seiner Kollegin Ingeborg Gottschall die Schülerinnen und Schüler begleitet und bereits auch ähnliche Veranstaltungen in den Vorjahren betreut hatte. Beide wiesen auch darauf hin, „dass durch das Madrid-Projekt allein ca. 65 Unterrichtsstunden aus dem fachlichen Lehrplan abgedeckt wurden“.

Im Vordergrund des Unternehmens standen, wie gesagt, die fotografischen Aktivitäten, d.h. die Bearbeitung von Aufgaben vor Ort, welche der Klasse von

Schule und Innung mit auf den Weg gegeben worden waren.

Sozusagen im Nebeneffekt aber ging es auch um einen eher funktionalen Lernertrag, um Qualifikationen also, die für eine erfolgreiche Fotografenlaufbahn unverzichtbar sind: Soziale Kompetenzen wie Teamfähigkeit und Empathie gehören dazu, Fremdsprachenkompetenz, Kommunikationsbereitschaft und so weiter. Ein nicht geringer Teil dieser „Schlüsselqualifikationen“ fällt bei der dualen Ausbildung ohnehin in den Zuständigkeitsbereich der Berufsschule. Erfahrungsgemäß bringen die jungen Leute sie ja nicht zwingend mit, wenn sie ihre Ausbildung beginnen.

Konkurrenz u. a. durch Edelmateure

Die Begeisterung für einen reinen Frontalunterricht hält sich beim Fotografen-nachwuchs erfahrungsgemäß seit eh und je in Grenzen. Doch standen früher vielerlei material- und gerätekundliche Details bei der Ausbildung im Vordergrund, die man im Klassenzimmer recht gut vermitteln konnte, so ist es heute die Bildgestaltung, mit der sich die Azubis vorrangig auseinander zu setzen haben. Die Digitalisierung hat technisch vieles vereinfacht, so dass die kreativ-ästhetische Komponente des Mediums jetzt höheren Ansprüchen gerecht zu werden vermag. Immerhin, die Konkurrenz schläft nicht: Denken wir nur an die zahlreichen Fotoclubs, deren Arbeiten sich wahrlich sehen lassen können oder an die Absolventen von Gestaltungs-Studiengängen.. Die Abgrenzung zwischen den Profis und den Edelmateuren ist heutzutage gar nicht mehr so einfach.

„Es gab einfach nichts zu löschen“

Für den Unterricht in Fotografenklassen bieten sich also, ebenso wie für andere Berufsbereiche, verstärkt Projekte an, welche die jungen Leute nicht nur fachlich, sondern auch allgemeinbildend, ganzheitlich eben, herausfordern. Der alterwürdige Unterrichtsgrundsatz der Schülerselbsttätigkeit - Comenius und andere

Didaktik-Pioniere lassen grüßen – erfreut sich höchster Aktualität.

Diesen Zielsetzungen gemäß organisierten die Würzburger Azubis ihre Reise und Unterbringung in eigener Regie und gestalteten auch den gesamten Ablauf der Projektwoche nahezu selbständig. Die begleitenden Lehrkräfte hielten sich weitestgehend im Hintergrund, berieten, wenn nötig bei der Bildgestaltung und nahmen sich vor, nur dann ernsthaft einzugreifen, „wenn es wirklich mal brennen sollte“. „Doch es gab einfach nichts zu löschen“, erklärte Thomas Seydl. Er lobte die Zuverlässigkeit und den Gemeinschaftsgeist der jungen Leute und stellte fest: „Erfreulich, wie sie bereit waren, füreinander einzutreten und Verantwortung zu übernehmen. Sowas ist im Klassenzimmerunterricht einfach nicht möglich“.

Die Klasse hatte eine überdimensionierte Ferienwohnung angemietet, die nicht nur als Logis diente, sondern auch als Kommunikationszentrale. Zweimal im Verlauf der Woche wurde das vielfältige Bildmaterial dort gesichtet – und wenn nötig – auch verworfen. Die endgültige Auswahl der Bilder für die Ausstellung erfolgte gleich nach Rückkunft in der Schule.

Der fächerübergreifende Aspekt

Die Ende November eröffnete Ausstellung stand unter dem Motto „Madrid: Gente – Imágenes – Emociones“. Wiederrum, wie bei den Veranstaltungen in den Vorjahren, hatte sich ein großer Freundeskreis eingefunden, dem sich die jungen Leute persönlich und mit ihren Bildern präsentierten. Ingeborg Gottschall und Thomas Seydl wiesen bei der Begrüßung der Gäste u.a. auf den fächerübergreifenden Aspekt des Projekts hin. „Politische und soziale Erkenntnisse, Mut zur Anwendung des Schulenglisch oder die Formulierung von Protokollen und anderer Gebrauchstexte, das war nur einiges von dem, was sonst alles in getrennten Fächern der Berufsschule vorkommt“, machten sie deutlich. Ein Teil der Leistungen, so die beiden Lehrkräfte, fließt im Übrigen auch in die Schulnoten ein.

„Da können wir doch ganz zufrieden sein“

Besonders augenfällig war die soziale Schere, die sich im öffentlichen Er-

scheinungsbild der Weltstadt Madrid den Azubis offenbarte: Viele Überlebenskünstler, Straßenmusiker und noch mehr arme Seelen, die mit aufgehaltene[n] Händen und gebeugten Haupten ihren Alltag auf den Bürgersteigen verbringen. Zudem hat Spanien eine außergewöhnlich hohe Jugendarbeitslosigkeit, wie wir aus der Berichterstattung der Medien wissen.

„Da können wir doch ganz zufrieden sein,“ so etwa lasse sich die Reaktion der Würzburger Jungfotografen beschreiben, meinte Seydl. Ein Bekenntnis zum bundesdeutschen Gemeinwesen also? Pädagogenherz was willst du mehr? Mit der einstündigen Sozialkunde im herkömmlichen Schulalltag führe kein Weg zu solch einer Betroffenheit, so der Klassenlehrer. Und noch ein bemerkenswerter Nebeneffekt, von dem die Lehrkräfte berichteten: „Jetzt muss ich doch wirklich mal anfangen mit Spanisch“, habe der eine oder andere durchblicken lassen. Vielleicht wird's ja wirklich was mit der zusätzlichen Fremdsprache.

Wunsch nach intensiverer Lernortkooperation

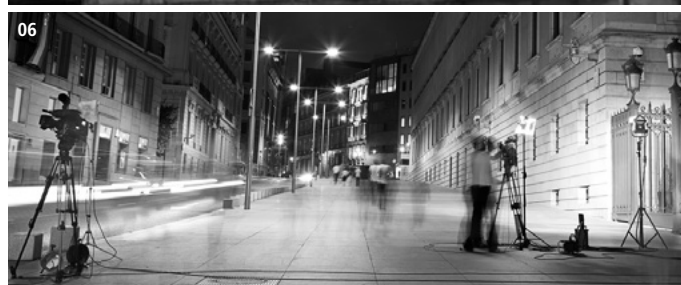
Vielfältig also sei der Lernertrag eines solchen Projekts, „ganzheitlich zu bewerten und natürlich nicht in allen Einzelheiten eindeutig zu messen“, so das Resümee der Pädagogen, die das „Unternehmen Madrid“ betreuten.

Schulleiter Uwe Tutschku bekannte sich bei der Vernissage in klaren Worten zum Projektunterricht und brachte seinen Wunsch nach noch intensiverer Lernortkooperation mit den Ausbildungsbetrieben und der Innung zum Ausdruck.

Als deren Vertreter hatte „Lehrlingswart“ Tilmann Grütz bereits im Vorfeld der Reise intensiv mitgewirkt, zusammen mit den Azubis die Aufnahmethematen festgelegt und der Gruppe manchen praktischen Tipp mit auf den Weg gegeben. Spanische Begleitmusik und zahlreiche Dankesworte während der Veranstaltung, wie sich's gehört: Unter anderem ergingen sie an die zu Hause geliebten Lehrkräfte Christian Reuther und Wolfgang Denninger, die den Schülerinnen und Schülern bei der Nacharbeit und bei der Gestaltung der Ausstellung wirksam unter die Arme griffen. Und nicht zuletzt dankend hingewiesen

wurde auf das großzügige Materialsponsorship der Firma Epson und des Fotostudios Schwab (Remlingen). Die Ausstellung in den Fachräumen der Würzburger Schule ist der Öffentlichkeit während der üblichen Unterrichtszeiten noch bis Mitte 2014 zugänglich. ■

Iberische Impressionen





02



05



Die Autoren:

01 Janine Bräutigam, Eisenfeld

02 Leska Walter, Karlstadt

03 Nicole Grassmann, Lauda

04 Sandra Rachor, Aschaffenburg

05 Nicole Grassmann, Lauda

06 Leska Walter, Karlstadt

07 Joana Schwender, Zeil

08 Franziska Zahn, Sulzbach

09 Die Foto 12 bei der Vernissage. Links und rechts außen Thomas Seydl und Ingeborg Gottschall, die die Klasse bei der Reise begleiteten. Zweiter von rechts Schulleiter Uwe Tutschku und rechts hinten Hermann Helbig (stv. Schulleiter).

Foto: Wolfgang Denninger



09



Memorium Nürnberger Prozesse:

Make your future! Macht Eure Zukunft!

ASTRID BETZ

„Wir müssen an unsere Aufgabe mit so viel innerer Überlegenheit herangehen, dass es der Nachwelt einmal als die Erfüllung menschlichen Sehns nach Gerechtigkeit erscheinen möge“

Robert H. Jackson in seiner Eröffnungsrede zum Nürnberger Prozess am 21. September 1945

Im Saal 600 im Ostflügel des Nürnberger Justizpalastes mussten sich vom 20. November 1945 bis zum 1. Oktober 1946 letztlich 21 führende Repräsentanten des nationalsozialistischen Terrorregimes persönlich vor einem Internationalen Militärgericht verantworten. Am Ende des Prozesses wurden elf von ihnen zum Tode verurteilt, sieben zu unterschiedlich langen Haftstrafen, und drei wurden frei gesprochen. Der Nürnberger Prozess ging in die Geschichte ein als die Geburtsstunde des internationalen Völkerstrafrechtes - und des Simultandolmetschens: Richter, Anwälte, Angeklagte und Verteidiger, alle Teilnehmer des Prozesses sollten jeden gesprochenen Satz des Gerichtsverfahrens verstehen. 1945 bedeutete dies die Erfindung eines Berufsstandes, den es bis dahin nicht gab.

Memorium Nürnberger Prozesse

Seit 2010 betreiben die Museen der Stadt Nürnberg das Memorium Nürnberger Prozesse mit dem Schwurgerichtssaal und einer Dauerausstellung im Dachgeschoss des Ostflügels vom Justizpalast. Die Ausstellung umfasst drei Schwerpunkte. Den ersten bildet der Hauptkriegsverbrecherprozess mit seiner Vorgeschichte, Rechtsprechung und den Angeklagten, dem Prozessverlauf und den Urteilen. Der zweite zeigt die weitere juristische Verfolgung von NS-Verbrechen nach 1946. Hierzu zählen die 12 Nachfolge-Prozesse, die gegen Eliten Deutschlands wie Ärzte, Juristen,

Militärs und Industrielle von 1946-49 vor einem amerikanischen Militärtribunal durchgeführt wurden, und die Verfahren, die in den anderen Besatzungszonen vor französischen, britischen und sowjetischen Tribunalen stattfanden und weit weniger bekannt geworden sind. Hinzu kommen die Prozesse, die später in der Bundesrepublik stattfanden wie beispielsweise die Auschwitz-Prozesse in Frankfurt. Im dritten Teil der Ausstellung steht die Entwicklung des Internationalen Völkerstrafrechts nach dem Ende des Kalten Krieges im Mittelpunkt.

Auftakt oder Abschluss jedes Ausstellungsbesuchs ist die Besichtigung des Saals 600. Sie ist nur an Tagen, an denen hier Gerichtsverhandlungen stattfinden, nicht möglich. Denn der Saal 600 dient auch heute noch als Ort der Rechtsprechung, auf den bis zur Fertigstellung eines Neubaus voraussichtlich 2017 nicht verzichtet werden kann.

Ausstellung für Schulklassen

Das Memorium Nürnberger Prozesse bietet eigens konzipierte Materialien und pädagogische Programme für Schulklassen und Jugendgruppen. Sie bekommen auf Wunsch Fragebögen oder können den von Jugendlichen gestalteten Audioguide-Beiträgen folgen. Diese sind manchmal bewusst locker gehalten, beispielsweise mit der Frage: „Wer war Göring eigentlich?“ Sie wird von den jugendlichen Sprechern im Audioguide nicht unbeantwortet gelassen. Es gelang den Gestaltern der Beiträge, auch die Verteidigungsstrategien von Angeklagten wie Wilhelm Keitel (Chef des Oberkommandos der Wehrmacht) oder Fritz Sauckel (zuständig für Zwangsarbeiter-einsatz in der deutschen Wirtschaft) herauszufiltern, die jegliches Geständnis umgingen und sich stattdessen vor Gericht herauszureden versuchten.

Eine weitere Möglichkeit des Ausstellungsbesuchs ist die Buchung einer Führung. Erfahrene und den Umgang mit Jugendlichen gewohnte Kräfte stellen sich gerne auf ihr Publikum ein und ho-



len die Schüler da ab, wo sie mit Ihren Kenntnissen gerade stehen. So werden die Schüler beispielsweise gefragt, ob sie glauben, dass es fair war, die Angeklagten vor Gericht zu stellen oder welchen der Angeklagten sie vom Unterricht oder dem Fernsehen her kennen. Am Fall Julius Streichers lässt sich deutlich herausarbeiten, welche Rolle die Zeitung, in diesem Fall sein Hetzblatt „Der Stürmer“ spielte. Streicher wurde nachgewiesen, dass er darin wiederholt zum „Mord an den Juden“ aufgerufen hatte. Er wurde nach Anklagepunkt 4 („Verbrechen ge-



**Didaktische wertvoll
aufbereitet – der
Besuch des Memorium
Nürnberger Prozesse.**

mit verschiedenen Themenschwerpunkten an. Inhalte aus der Ausstellung können damit vertieft und ergänzt werden, wie zum Beispiel: „Der Nationalsozialismus vor Gericht“, „Der Ärzteprozess“, „Die NS-Prozesse in der BRD“, „Die Menschenrechte“ und „Vom Nürnberger Prozess zum Internationalen Strafgerichtshof.“ Zunächst werden die Fragen aus dem Ausstellungsbesuch aufgegriffen, um dann den jeweiligen Themenschwerpunkt gemeinsam zu bearbeiten.

Auf Wunsch kann ein Besuch des Memoriums Nürnberger Prozesse auch mit dem der Straße der Menschenrechte in der Nürnberger Innenstadt verbunden werden. Vor zwanzig Jahren setzte Nürnberg mit dem Auftrag an den israelischen Architekten und Künstler Dani Karavan ganz bewusst ein Zeichen gegen die NS-Vergangenheit in Richtung Zukunft. Beim Gang durch die Straße der Menschenrechte erhalten Schüler die Zeit, sich die Artikel der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ einmal genauer anzusehen und einen auszusuchen, der ihnen besonders zusagt bzw. den sie als besonders gefährdet ansehen. In einem weiteren Schritt wird besprochen, wie die Menschenrechte geschützt werden oder geschützt werden sollten. Hierbei werden sowohl die Zivilcoura-

ge einzelner Menschen angesprochen als auch der gesetzmäßige Schutz und die Frage, ob dieser auch tatsächlich gewährleistet wird. Deutlich wird hier, wie wichtig ein funktionierendes Rechtssystem zum Schutz der Bürger ist. In vielen Ländern ist dieser Schutz nicht gewährleistet.

Spannungsbogen Vergangenheit – Gegenwart

Das Memorium Nürnberger Prozesse bietet in besonderer Weise die Möglichkeit, einen Bogen aus der Vergangenheit in die Gegenwart zu schlagen. Zunächst verhinderte der Kalte Krieg über viele Jahre eine Weiterentwicklung des Internationalen Völkerstrafrechts. Erst in den 1990er Jahren reagierte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf die Verbrechen im ehemaligen Jugoslawien und Ruanda und richtete analog zum Nürnberger Prozess sogenannte Ad-Hoc-Tribunale ein, die Verantwortliche der Massaker vor Gericht stellten. Der Ruf nach einem Internationalen Strafgerichtshof wurde in dieser Zeit lauter. 1998 wurde das Römische Statut als Grundlage des Internationalen Strafgerichtshofes verabschiedet und im Jahr 2002 nahm der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag seine Arbeit auf. In der Ausstellung

gen die Menschlichkeit“) zum Tode verurteilt. Jahrzehnte später erinnerte man sich im Ruanda-Tribunal in Arusha in Tansania an eben diesen Fall. Auch hier wurde im sogenannten Media-Verfahren den Angeklagten Ferdinand Nahimana, Jean-Bosco Barayagwiza und Hassan Ngeze nachgewiesen, dass sie in Zeitung und Rundfunk zum Völkermord an den Tutsi aufgerufen hatten.

Im Anschluss an den selbstständigen oder geführten Ausstellungsbesuch bietet das Memorium Nürnberger Prozesse Schülergruppen moderierte Gespräche

können sich Schüler anhand der Karteikarten, die unterhalb einer Weltkarte angebracht sind, über verschiedenste Konflikte und Konfliktlösungsstrategien informieren. In welchen Ländern hat es beispielsweise Wahrheitskommissionen gegeben, mit denen versucht wurde, herauszufinden, welche Verbrechen verübt worden waren.

Der Saal 600 im Ostflügel des Nürnberger Justizpalastes ist zu einem Symbolort geworden. Mit dem Besuch des Memoriums Nürnberger Prozesse verbindet sich die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ebenso sehr wie die Frage nach Gerechtigkeit in unserer Gegenwart und nach individueller Verantwortung. Benjamin Ferencz, der Chefankläger des Nürnberger Einsatzgruppenprozesses, ermutigte Schüler in Gesprächen, die eigene Zukunft zu gestalten: „Make your future!“, wobei es stets auf das Engagement und die Aufrichtigkeit des Einzelnen ankommt.

Das Memorium Nürnberger Prozesse arbeitet bei der Durchführung der Programme mit Partnereinrichtungen zusammen, die über viel Erfahrung in der pädagogischen Arbeit verfügen - Geschichte für Alle e.V., das Kunst- und Kulturpädagogische Zentrum der Stadt Nürnberg, das Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg, das Nürnberger Menschenrechtszentrum und die Akademie C. Pirckheimer Haus.

Planung

Der Besuch des Memoriums Nürnberger Prozesse sollte mindestens zwei Wochen im Vorhinein geplant werden. Für einen selbstständigen Besuch werden Audio-guides reserviert und auf Wunsch auch Fragebögen bereit gelegt. Alle pädagogischen Programme finden Sie auf unserer Internetseite www.museen.nuernberg.de. Gerne beraten wir Sie auch persönlich unter 0911/32 17 93 72. Buchungen senden Sie bitte an memorium@stadt.nuernberg.de

Literatur-Tipps zum Einlesen

Matthias Henkel/Hans-Christian Täubrich: Memorium Nürnberger Prozesse. Katalog der Ausstellung. Nürnberg 2011

Kim C. Priemel und Alexa Stiller: Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung. Hamburg 2013

Telford Taylor: Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht. München 1996

Markus Urban: Die Nürnberger Prozesse. Kurzführer. Nürnberg 2008

Annette Weinke: Die Nürnberger Prozesse. München 2006

Der Eichmann Prozess in Jerusalem

Vom 13. Februar bis 14. März 2014 zeigt das Oberlandesgericht im Hauptgebäude des Nürnberger Justizpalastes die Ausstellung „Der Eichmann-Prozess in Jerusalem.“ Die Wanderausstellung wurde von der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem erarbeitet und war bereits in mehreren Gerichtsgebäuden in Deutschland zu sehen.

Das Memorium Nürnberger Prozesse bietet Schulklassen kostenlose, einstündige Führungen in der Ausstellung an. Dabei werden die wesentlichen Lebensstationen Adolf Eichmanns vorgestellt.

Als Leiter des Referates IV B4 im Reichssicherheitshauptamt in Berlin organisiert Eichmann den Transport von Millionen Juden aus fast allen Teilen Europas in die Todeskammern der Vernichtungslager in Polen. Fünf Jahre nach dem Krieg gelingt ihm die Flucht nach Argentinien, dort wird er zehn Jahre später vom israelischen Geheimdienst Mossad gefasst und in Jerusalem vor Gericht gestellt. Sein deutscher Verteidiger Robert Servatius, der bereits im Nürnberger Prozess Fritz Sauckel verteidigte, versucht das israelische Gericht für nicht zuständig zu erklären. 1961 wird Eichmann von eben diesem Gericht zum Tode verurteilt. Es ist das einzige Todesurteil, das in Israel je gefällt und vollstreckt wird. Im Rahmen der Führung werden verschiedene Blickwinkel auf Eichmann diskutiert: Eichmann als Befehlsempfänger, als Schreibtischtäter und Verantwortlicher für den Massenmord. Im Anschluss daran wird die Bedeutung des Eichmann-Prozesses für die gesellschaftliche Aufarbeitung des Holocausts in Israel sowie in der Bundesrepublik Deutschland thematisiert. Der Eichmann-Prozess wird hier im Kontext des Nürnberger Internationalen Militärgerichtes sowie der Frankfurter Auschwitz-Prozesse beleuchtet.

Gerne kann ein Besuch des Memorium Nürnberger Prozesse auch mit dem Besuch der Sonderausstellung im Justizpalast verknüpft werden. Anmeldungen schicken Sie bitte an memorium@stadt.nuernberg.de

Literatur zum Einlesen

Hannah Arendt: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen. München/Zürich 1986.

David Cesarani: Adolf Eichmann. Bürokrat und Massenmörder. Berlin 2002

Hanna Yablonka: The State of Israel vs. Adolf Eichmann. New York 2004

Landesschülerrat wählt neue Spitze

Die neue Spitze des Landesschülerrates steht fest: 40 Bezirks-schülersprecher aller bayerischen Schularten haben in München ihre sechs Sprecher und deren Stellvertreter neu gewählt. Sie legten bei ihrem zweitägigen Treffen zugleich die Schwerpunkte für ihre Arbeit im kommenden Jahr fest. Sie wollen sich dafür einsetzen, das Ansehen der Mittel- und Förderschulen in der Gesellschaft zu verbessern. Auch eine Stärkung des Englisch-Unterrichts vor allem an den Berufsschulen liegt ihnen am Herzen, um den Übergang in die Arbeitswelt oder an die Berufsoberschule weiter zu verbessern. Zudem wollen sich die Schülervertreter für eine vertiefte Präventionsarbeit im Bereich des Drogenmissbrauchs an Schulen engagieren.

Bildungsstaatssekretär Georg Eisenreich traf die Schülervertreter im Rahmen ihrer Arbeitstagung zu einem Gedankenaustausch. In einem offenen Gespräch diskutierten die Schülerinnen und Schüler mit ihm ihre konkreten Anliegen wie die Vereinbarkeit von Schule und Engagement im Landesschülerrat oder Verhaltensweisen im Fall eines Mobbingvorfalls an der eigenen Schule. Gleichzeitig sprachen sie sich dafür aus, den Landesschülerrat und seine Mitwirkungsmöglichkeiten unter den bayerischen Schülerinnen und Schülern noch bekannter zu machen.

Seit dem 1. August 2008 ist der Landesschülerrat gesetzlich im Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz (BayEUG) verankert. Er vertritt derzeit rund 1,7 Mio. Schülerinnen und Schü-

ler aller Schularten in Bayern. Bei wichtigen allgemeinen Anliegen des Schulwesens hat er ein Informations- und Anhörungsrecht und kann gegenüber dem Bildungsministerium Vorschläge und Anregungen formulieren.

Die neuen Landesschülersprecher und ihre Stellvertreter:

Berufliche Schulen:

1. Landesschülersprecher:

Burak Sahin, Staatliche Berufsschule II Aschaffenburg

2. Landesschülersprecher:

Josua Tsiaousidis, Berufsfachschule für Krankenpflege Bamberg

FOS/BOS:

1. Landesschülersprecher:

Simon Till, Staatliche Fachoberschule Altötting

2. Landesschülersprecher:

Fabio Franly De Souza Santos, Städtische Fachoberschule Nürnberg

Förderschulen:


1. Landesschülersprecher:

Johann Temnikor, Edith-Stein-Schule, Privates Förderzentrum Unterschleißheim

2. Landesschülersprecher:

Tobias Pawelkowitz, Dominikus -Savio-Schule, Privates Sonderpädagogisches Förderzentrum Pfaffendorf

PM KM

 REISEDIENST NATURFREUNDE GMBH 		
Rieger, Wittelsbacherstr. 31, 85051 Ingolstadt, Tel: 0841/71144, Fax: 0841/77686, Frühzeitige Anmeldung wegen Flugplatzreservierung erbeten. Die Mitgliederpreise gelten auch für Ehepartner!		
Termine	Reisen 2014	Preis für VLB ab
28.02.14 bis 09.03.14	INDIEN - MADHYA PRADESH: Abends Lufthansa ab MUC: Delhi, Bhopal, Sanchi, Jhansi, Orcha, Gwalior, HP in guten Hotels	1.598,00 €
01.03.14 bis 08.03.14	WESTTÜRKEI: Lufthansa ab MUC: Izmir, Pergamon, Hierapolis, Pamukkale, Kusadasi, Ephesos, Milet, HP in sehr guten Hotels	898,00 €
02.03.14 bis 09.03.14	RHODOS: Aegean ab MUC: Kultur- und Wanderreise mit Tagesausflügen, 4-Sterne Strandhotel mit Meerblick, RL: Evangelos	998,00 €
01.03.14 bis 07.03.14	MALTA: Air Malta ab MUC: 1 Ganz- und 4 Halbtagesausflüge mit Valletta, Mosta, Medina, Rabat, Three Cities, Insel Gozo,	798,00 €
18.04.14 bis 24.04.14	Ausflug an die Südküste, Übernachtung mit HP im 4-Sterne Hotel Dolmen Resort,	
01.03.14 bis 08.03.14	JORDANIEN: Royal Jordanian ab MUC/FRA: Amman, Jerash, Madaba, Berg Nebo, Baden im Toten Meer, 2 Übernachtungen in	1.398,00 €
19.04.14 bis 26.04.14	Petra, Geländefahrt im Wadi Rum, Badeaufenthalt in Aqaba, Halbpension in guten Hotels	
02.03.14 bis 09.03.14	MADEIRA: TAP ab MUC/FRA: Stadtbesichtigung Funchal, Wanderung 25 Quellen, Levada-Wanderung, Westtour bis Porto	1.198,00 €
13.04.14 bis 20.04.14	Moniz, Osttour mit Santana und Wanderung, Übernachtung mit Halbpension im 4-Sterne Hotel, 4 x Mittagessen inkl. Getränke	
21.03.14 bis 04.04.14	NEPAL: Oman Air ab MUC, Wanderungen und Besichtigungen in Kathmandu, Nagarkot, Safari im Chitwan Nationalpark,	2.298,00 €
11.04.14 bis 25.04.14	Trekkingzentrum Pokhara am Annapurna-Massiv, Bandipur, Bhaktapur, HP in guten landestypischen Hotels, 2 x Mittagessen	
23.03.14 bis 04.04.14	TANSANIA: Ethiopian Airlines ab FRA - Arusha, 7 Tage Safari mit Vollpension am: Manyara-See, Serengeti, Ngorongoro-Krater,	3.198,00 €
12.04.14 bis 24.04.14	Tarangiri, 4 Tage Sansibar im Top-Hotel mit Halbpension und optionalen Ausflügen, Übernachtungen in guten Hotels/Lodges	
11.04.14 bis 18.04.14	OMAN: Oman Air ab MUC: Muskat, Rundreise in Jeeps durch zahlreiche Wadis und Wüste, Halbpension in guten Hotels	1.698,00 €
12.04.14 bis 25.04.14	KUBA: KLM ab MUC: Havanna, Vinales, Trinidad, Valle de los Ingenios, Varadero, Übernachtungen mit HP/VP in guten Hotels.	2.298,00 €
12.04.14 bis 27.04.14	NORDINDIEN, SIKKIM & BHUTAN: Lufthansa ab MUC/FRA, Inlandsflüge, Übernachtungen mit HP/VP in guten Hotels	3.098,00 €
14.04.14 bis 24.04.14	MAROKKO: Royal Air Maroc ab MUC: Marrakech, Rabat, Fès, Erfoud, Ouarzazate, Agadir, Übernachtung mit HP in guten Hotels	1.298,00 €
14.04.14 bis 24.04.14	USBEKISTAN: Uzbekistan Air ab FRA: Taschkent, Urgench, Buchara, Samarkand, Schachrisabs, HP in guten Hotels	1.698,00 €
14.04.14 bis 24.04.14	COSTA RICA: Iberia ab MUC/FRA: Rundreise mit Tierbeobachtung in Nationalparks, Vulkanen, HP in guten Hotels	2.548,00 €
16.04.14 bis 23.04.14	SIZILIEN: Lufthansa ab MUC: Catania, Ätna, Villa Casale, Agrigent, Selinunte, Palermo, Syrakus, HP in guten Hotels	1.298,00 €
PFINGSTEN 2014: Korfu 7 Tg, Kreuzfahrt Kykladen 8 Tg, Spanien (Extremadura) 8 Tg, Italien (Apulien), Armenien-Georgien, SOMMER 2014: Amsterdam 5 Tg, Island 8 Tg, Baltikum 8 Tg, Indien (Ladakh) 14 Tg, Namibia-Botswana-Victoria Fälle 16 Tg, Südafrika 15 Tg, Peru 17 Tg, Rumänien 8 Tg, Bulgarien 8 Tg.		
Ausführliche Reiseverläufe und Anmeldung unter: www.naturfreunde-reisen.de		

Landesverband

Aktuelles aus dem GV

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir hoffen, Sie sind gut in das neue Jahr 2014 gestartet und konnten die unterrichtsfreie Zeit zwischen den Jahren nutzen, um sich zu erholen und neue Kräfte für die bevorstehenden Aufgaben zu sammeln. Der Geschäftsführende Vorstand wünscht Ihnen und Ihren Familien sowie Ihren Schülerinnen und Schülern alles Gute für ein erfolgreiches neues Jahr bei bester Gesundheit.

Im hinter uns liegenden Jahr wurde eine Reihe von bildungspolitischen Entscheidungen getroffen, deren Folgen und Wirkungen wir im Laufe dieses Jahres aus standespolitischer Sicht zu bewerten haben, und zwar dann, wenn die Umsetzung der damit verbundenen Maßnahmen eine Einschätzung der bewirkten Veränderungsprozesse zulässt.

Erweiterte Schulleitung

Mit der Implementierung der erweiterten Schulleitung werden nun in 2014 die Erfahrungen aus der Erprobungsphase der vergangenen Jahre umgesetzt und den beruflichen Schulen neue Führungsstrukturen einverleibt. Ob sich mit der neuen Aufgabenverteilung auch die prognostizierte Entlastung und höhere Effizienz in den Prozessabläufen auf Schulleitungsebene einstellen, wird sehr wesentlich davon abhängen, inwieweit unsere „Vorreiterschulen“ – genauer die unmittelbar betroffenen Kolleginnen und Kollegen – in der Einführungsphase unterstützt werden. Dies gilt sowohl für die „geborenen“ (= Lehrkräfte, die bereits als Schulleiterstellvertreter/in oder Mitarbeiter/in in der Schulleitung tätig waren) als auch für die „erkorenen“ (= Lehrkräfte, die bislang z. B. als Fachbetreuer/in fungierten) Mitglieder der erweiterten Schulleitung. Diese Kolleginnen und Kollegen müssen durch entsprechende Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen auf das neue Rollenverständnis eingestimmt und auf die damit verbundenen

neuen Aufgaben professionell vorbereitet werden. Im Übrigen braucht es auch flächendeckend angelegte Informationsveranstaltungen, die über die Zielsetzung – und damit über Sinn und Zweck – der neuen Strukturen aufklären. Anders lassen sich die derzeit noch bestehenden Unsicherheiten bei den Lehrkräften auf der einen und bei den künftigen Mitgliedern der erweiterten Schulleitung auf der anderen Seite kaum beseitigen. Es wird also darauf ankommen wie man die Neuerungen weiterhin kommuniziert, damit sich die Idee einer erweiterten Schulleitung nutzbringend etablieren lässt und dem bisherigen System zu mehr Effizienz verhilft.

Neuordnung Büroberufe

Die Neuordnung der bisherigen Büroberufe zum/zur Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement wird unsere kaufmännischen Berufsschulen bis zum September 2014 zwingen, organisatorische Konzepte zu entwickeln, die es ermöglichen die Intention des – bislang noch nicht bekannten – neuen lernfeldorientierten Lehrplans bestmöglich umzusetzen. Drängende Fragen – wie sie beispielsweise von den vielen interessierten Kolleginnen und Kollegen im Rahmen der kaufmännischen Fachtagung in Würzburg im Arbeitskreis Büroberufe aufgeworfen wurden – sind bislang noch unzureichend oder gänzlich unbeantwortet geblieben. Wie wird das Fach Englisch (notwendig um den mittleren Schulabschluss verleihen zu können) künftig im Zeugnis der Berufsschule behandelt, wenn der Englischunterricht – wie die Erfahrungen mit anderen lernfeldorientierten Lehrplänen zeigen – in den Lernfeldern des Fachunterrichts aufgeht? Wie können die Lehrkräfte der Qualifikationsebene 3 künftig bei der Beschulung von Kaufleuten für Büromanagement eingesetzt werden, wenn – wie im Rahmenlehrplan ersichtlich – der Bereich Text- und Datenverarbeitung künftig nicht mehr im alleinigen Verantwortungsbereich der Berufs-

schule, sondern auch des Ausbildungsbetriebes und des Auszubildenden selbst liegt? Diese und viele weitere Fragen sind kennzeichnend für ein Informationsdefizit, das unsere Kolleginnen und Kollegen vor Ort an den Schulen gegenwärtig noch verspüren. Der Ruf nach weiteren Fortbildungsangeboten ist deshalb nachvollziehbar. Hierzu erwarten wir ein begleitendes Unterstützungsangebot, wie es in einigen Regierungsbezirken bereits angekündigt wurde.

Lobbyarbeit

Die durch das Ergebnis der Landtagswahlen bedingte Umstrukturierung des bisherigen Kultusministeriums zum neuen Ministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst birgt an vielen Stellen Veränderungen, die die Lobbyarbeit des VLB nachhaltig beeinflussen werden. Wir wünschen uns, dass mit der Zusammensetzung des Hauptpersonalrates die Interessen der Lehrerverbände, insbesondere die Anliegen der beruflichen Schulen weiterhin das Gehör finden, das ihnen als wesentlicher Bestandteil der bayerischen Bildungsinfrastruktur gebührt. Darüber hinaus sehen wir durch die Fusion von Kultus- und Wissenschaftsministerium gerade im zentralen Bereich der Lehrerbildung die einmalige Chance, die für die Unterrichtsentwicklung wünschenswerte und notwendige Abstimmung zwischen Phase 1 und 2 der Lehrerausbildung neu zu definieren.

Ebenso durch die Landtagswahlen hat sich das politische Kräfteverhältnis verändert. Wir erwarten, dass die Ankündigung von Kultusminister Spaenle, er wolle keine Schulreform, sondern die Schulen mehr zur Ruhe kommen lassen, auch in den Wirren des politischen Tagesgeschäftes noch Bestand hat. Denn genau diese Ruhe werden wir benötigen, um all die bereits auf den Weg gebrachten Innovationen und Weiterentwicklungen im beruflichen Schulwesen mit den Vertretern der Kultusadministration, den politischen Gremien und den Landtagsabgeordneten zu besprechen.

Termine zum Vormerken

Auch in diesem Jahr wollen wir wieder regelmäßig aus dem GV für Sie, liebe Le-

serinnen und Leser, berichten. Die nachfolgenden Termine zeigen einige wichtige Stationen des VLB-Fahrplans 2014:

14.01.2014

Gespräch mit den Vertretern der Abteilung VII im KM

15.02.2014

Fachtagung Berufliche Oberschule in Neu-Ulm

14./15.03.2014

Hauptvorstandssitzung in Erlangen

30./31.05.2014

ARGE ALP-Treffen in Memmingen

18./19.07.2014

Hauptvorstandssitzung in Holzhausen

26./27.07.2014

GV-Klausurtagung in Bamberg

20.11.2014

Hauptvorstandssitzung in Erlangen

21./22.11.2014

VLB-Berufsbildungskongress in Erlangen

Hinzu kommen die regelmäßig stattfindenden GV-Sitzungen, Veranstaltungen in den Kreis- und Bezirksverbänden, parlamentarische Abende usw. So können Sie sicher sein, spannenden Lesestoff von uns zu erhalten.

Veränderungen

Noch eine Bitte! Um auch im vor uns liegenden Jahr wieder die Anliegen und Wünsche unserer Mitglieder optimal bearbeiten zu können, benötigen die Mitarbeiter unserer Geschäftsstelle Ihre Unterstützung. Melden Sie uns bitte zeitnahe Änderungen Ihrer persönlichen Verhältnisse wie Anschrift, Kontoverbindung, Schulort, aber auch Beförderungen, Ruhestandsversetzungen etc. Frau Götzke und Herr Kohn können dann in gewohnt professioneller Weise Ihre Anfragen zu Ihrer Zufriedenheit erledigen. Vielen Dank für Ihre freundliche Mithilfe.

In diesem Sinne wünschen wir alles Gute für das neue Jahr 2014.

*Klaus Vietze
Pankraz Männlein*

Wolfgang Lambl feiert 60. Geburtstag:

Stelldichein des who-is-who der Beruflichen Bildung

MARTIN RUF

Fast wäre es mit dem VLBler Wolfgang Lambl nichts geworden, hätten ihn die Bewohner seiner Heimatgemeinde damals in den Gemeinderat gewählt – wahrscheinlich wäre er dann heute Landrat in Würzburg. Drei Wähler versagten ihm jedoch ihre Stimme und ermöglichten so sein Engagement für den VLB und die berufliche Bildung in Bayern. Wir müssen den drei Unbekannten zu unendlichem Dank verpflichtet sein, ermöglichten sie es doch, dass Wolfgang Lambl 1980 seine „VLB-Karriere“ starten konnte.

Dessen Engagement für die Berufliche Bildung über Jahrzehnte hinweg, nahm der VLB zum Anlass, ihm dem stellvertretenden Landesvorsitzenden und Hauptpersonalrat anlässlich seines 60. Geburtstages gebührend zu danken. So bildete sich eine lange Schlange, da jeder der geladenen Gäste dem Jubilar persönlich gratulieren und für sein Engagement danken wollte, bevor der Festakt – moderiert von Alexander Liebel – starten konnte. Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich begrüßte die Vertreter der Legislative und Exekutive sowie von den Verbänden im beruflichen Schulwesen. Was wäre ein bedeutender Verbandspolitiker ohne eine Frau, die ihm in vielerlei Hinsicht den Rücken freihält? Mit einem Farbenfrohen Blumenstrauß bedankte sich der Landesvorsitzende bei Lambls Ehefrau für ihr Verständnis gegenüber dem VLB.

Auch Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle war der Einladung des Verbandes gefolgt und ließ es sich nicht nehmen, Lambl persönlich zu gratulieren. In einer launigen Rede wies er auf das besondere Wirken Lambls für die berufliche Bildung hin. „Er ist der beruflichen Bildung mit Haut und Haar verschrieben“, so der Minister. Spaenle war als Vertreter des Ministeriums nicht alleine gekommen. In seiner Begleitung befan-

den sich sein neuer Staatssekretär Georg Eisenreich, der Amtschef Dr. Peter Müller sowie Josef Kufner (Leiter der Abt. II Recht, Haushalt Statistik) sowie praktisch die gesamte Abteilung VII im Kultusministerium.

„Ich beschäftige mich nicht mit dem, was getan worden ist. Mich interessiert, was getan werden muss“, zitierte Ingrid Heckner Marie Curie. Passender könnte kein Sprichwort auf den Protagonisten zutreffen, wie die Laudatorin MdL Ingrid Heckner zu Beginn ihrer mit Anekdoten auf den Jubilar gespickten Festrede feststellte. „Deine Durchsetzungskraft, Dein Verantwortungsbewusstsein, aber auch Deine Kompromissbereitschaft, sind Stärken, die Dich auszeichnen“, so seine Vorgängerin in den VLB-Ämtern der stellvertretenden VLB-Landesvorsitzenden und des Hauptpersonalrates und heutige Vorsitzende des Ausschusses ‚Öffentlicher Dienst‘ im bayerischen Landtag. Diese Tugenden, so Heckner weiter, haben dazu geführt, dass Lambl heute bei den Vertretern der Exekutive und Legislative ein immer willkommener Gesprächspartner ist, der aber auch Ecken und Kanten zeigt, wenn er davon überzeugt ist, damit der richtige Weg in der beruflichen Bildung in Bayern eingeschlagen wird. Mit Blick auf Lambls beruflichen Werdegang, stellte MdL Heckner abschließend fest: „Wenn ich heute als Politikerin und nicht als Freundin gekommen wäre, würde ich sagen, Du bist das beste Beispiel für die Durchlässigkeit des Bayerischen Bildungssystems.“

„Er kann ein harter Hund sein, die Sache steht aber immer im Vordergrund“, so brachte es Rolf Habermann, langjähriger HPR-Kollege und heute BBB-Chef auf den Punkt, wenn es um eine Personenbeschreibung des Jubilars geht. „Ich danke Dir persönlich, aber auch stellvertretend für die gesamte Beamtenschaft, für Deine immerwährende konstruktiv-kritische Zusammenarbeit im Hauptpersonalrat.“

01



02



04



05



06



07



01: Sie sorgten für die musikalische Umrahmung und bliesen dem Jubilar den Marsch – die Nandlstätter Blaskapelle mit Rudi Keil.

02 und 03: Die VLB-Personalräte und Bezirksvorsitzenden gratulierten mit einem Geschenk zur aktiven Erholung.

04: Die Vorsitzenden (von links) Eugen Straubinger (BLBS), Jürgen Wunderlich (VLB) und Dr. Angelika Rehm (VLW) gehörten natürlich auch zu den Gratulanten.

05: Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle lies es sich nicht nehmen, Wolfgang Lambl persönlich zu gratulieren.

06: Sie hielt die Laudatio auf Wolfgang Lambl – MdL Ingrid Heckner (links). Begleitet wurde sie vom neuen Staatssekretär Georg Eisenreich (rechts).

07: Mit ihm zusammen kämpft Wolfgang Lambl Seite an Seite für die Belange der Lehrkräfte in Bayern: BBB-Vorsitzender Rolf Habermann (rechts).



Der Dank für Wolfgang Lambls bundespoltisches Verbandswirken wurde durch die Anwesenheit der beiden Bundesvorsitzenden Dr. Angelika Rehm (VLW) und Eugen Straubinger (BLBS) zum Ausdruck gebracht. Auf ihre ganz eigene Art gratulierten ihm die VLB-Bezirks- und Personalratsvorsitzenden, an der Spitze sein HPR-Kollege Rudi Keil, der dem Jubilar mit seiner Nandlstädter Blaskapelle ordentlich den Marsch blies. Das gemeinsame Geschenk für Wolfgang Lambl sollte so verstanden werden, dass er auch weiterhin gut „Radfahren“ kann, wenn es um die Belange der beruflichen Bildung geht.

Lambl, der in einer mit fränkischem Humor gewürzten Rede den Gästen und Weggefährten für die jahrzehntelange Unterstützung seiner Arbeit dankte, hob vor allem die positive und einvernehmliche Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium und allen Partnern des VLB zum Vorteil der Lehrkräfte an beruflichen Schulen in Bayern hervor. Er selbst werde seine Ämter in bewährter Manier weiterführen, bis eines Tages sein Nachfolger den Staffelstab von ihm übernimmt.

Wir, die VLBl, bedanken uns ganz besonders bei seiner Frau Evi, die „das HPR- und VLB-Büro in Gramschatz“ am Laufen hält, aber auch sehr viel Verständnis aufbringt, wenn der Ehemann immer wieder im Lande unterwegs ist

und sich für die Belange der Lehrerschaft an beruflichen Schulen in Bayern stark macht.

Als ein langer Wegbegleiter von Wolfgang Lambl, bin ich auf ein Zitat Don

Boscos gestoßen, das den Menschen Wolfgang Lambl nicht besser beschreiben könnte: „Das Beste, was wir auf der Welt tun können, ist Gutes tun, fröhlich sein und die Spatzen pfeifen lassen.“

Bezirks- und Kreisverbände

BV Oberbayern

Tag der Kontaktkollegen

Der Vorstand des BV Oberbayern hatte sein Kontaktkollegen zum jährlichen Treffen eingeladen. Der Bezirksvorsitzende Rudi Keil begrüßte etwa 30 Kolleginnen und Kollegen, die den VLB vor Ort an den Schulen repräsentieren.

Neben den Informationen über und Fragen zu den Aktivitäten im Landesverband konnten Referenten zu zwei großen Themenkomplexen begrüßt werden:

- > Andrea Pangerl, die als Rechtsanwältin über die Patientenverfügung, die Betreuungsverfügung und Vorsorgevollmacht referierte und
- > Mustafa Inal und Thomas Smiatek, den Vorsitzenden und Stellvertreter

der Organisation „LeMi-Bayerisches Netzwerk für Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte e.V.“

Patientenverfügung und mehr

Andrea Pangerl, Rechtsanwältin in München, unterschied zwischen der Patientenverfügung, die mit ärztlicher Beratung erstellt werden sollte, der Betreuungsverfügung, mit der einer bestimmten Person die Betreuung statt einem Betreuungsgericht übertragen werden kann und der Vorsorgevollmacht. Sie bieten die Möglichkeit, für den Notfall eine oder mehrere Vertrauenspersonen einzusetzen, die notwendige Erklärungen abgeben oder Entscheidungen treffen können, wenn man selbst dazu nicht mehr in der Lage ist. Die anschließend gestellten Fragen machten deutlich, dass es sich bei diesen Vollmachten um eine sehr wichtige, allerdings auch schwierige Materie



Rudi Keil (links) bedankt sich bei Andrea Pangerl



Mustafa Inal bei seinem Referat

handelt und in Zweifelsfällen ein Rechtsanwalt oder Notar zu Hilfe gezogen werden sollte.

Interkulturelle Arbeit

Mustafa Inal und Thomas Smiatek stellen ihre Tätigkeiten bei der interkulturellen Arbeit an Berufsschulen dar und wie sie die Lehrer für die Interkulturalität sensibilisieren. Zu der Zeit wusste Mustafa Inal noch nicht, dass er zu den Lehrkräften aus Bayern gehört, die für ihre Tätigkeit mit dem „Deutschen Lehrpreis 2013“ in der Kategorie „Schüler zeichnen Lehrer aus“ ausgezeichnet werden würden.

In der Kategorie „Schüler zeichnen Lehrer aus“ werden jährlich insgesamt 16 Lehrkräfte für ihr besonderes Engagement gewürdigt. Sie sind zuvor von Schülerinnen und Schülern der Ab-

schlussklassen für den Preis vorgeschlagen worden. Die Nominierung durch ihre Schüler zeigt das gute Verhältnis zwischen den Lehrkräften und ihren Schülern. In dieser Kategorie wurde er aus Bayern ausgezeichnet:

- > Mustafa Inal unterrichtet an der Beruflichen Schule Direktorat 1 Nürnberg die Fächer Elektrotechnik, Sozialkunde sowie Ethik und ist interkultureller Berater für die Nürnberger Berufsschulen. Seine Schüler sehen seine Stärken in folgenden Bereichen: „Herr Inal steht für Motivation und Engagement, große Hilfsbereitschaft, praxisnahe Lehrmethoden, sowie Unterstützung in sozialen und schulischen Belangen.“

Der „Deutsche Lehrpreis“ wird seit 2009 jährlich gemeinsam von der Vodafone Stiftung Deutschland und dem Deutschen Philologenverband ausgeschrieben. *Heiko Pohlmann*

KV Bayreuth/Pegnitz

„Erst die Arbeit, dann das Vergnügen“

Mitte November trafen sich 17 Mitglieder des Kreisverbandes Bayreuth/Pegnitz unter Leitung des Kreisvorsitzenden Bernhard Feneis zur jährlichen Kreisversammlung. Zunächst informierte Klaus Vietze, Mitglied im VLB-Landesvorstand und Leiter der FOS/BOS Bayreuth, aus erster Hand über aktuelle Entwicklungen, Neuigkeiten und Initiativen des Verbandes. Aber auch die Sicht von unten kam nicht zu kurz: Unter dem Tagesordnungspunkt „Was hält uns unnötigerweise vom Kerngeschäft ab?“ wurde eifrig diskutiert. Genannt wurden u. a. zu schwammig formulierte Lehrplanrichtlinien bei gleichzeitig zentral gestellten Prüfungen, die unzureichenden Anrechnungsstunden für Sys-

Wo finde ich wen in der beruflichen Bildung in Bayern



Bezugsquelle:
VLB-Geschäftsstelle
Dachauer Straße 4
80333 München

oder
goetzke@vlb-bayern.de

Kosten: 25,- Euro
+ 2,40 Euro
Versandgebühren

Für Mitglieder 10,00 Euro
+ 2,40 Euro
Versandgebühren

tembetreuer oder die in manchen Fällen als unzureichend oder zu spät empfundene Vorbereitung auf neue Lehrpläne. Der Personal- und Zeitaufwand, der für eine Beurteilung bis zur Pensionierung betrieben werden muss, steht in keinem Verhältnis zu den praktischen Auswirkungen dieser Beurteilungen. Wei-

tere Themen waren der prognostizierte Schülerrückgang und das freiwillige Arbeitszeitkonto.

An die Sitzung schloss sich ein geselliger Bowlingabend an, aus dem Fritz Federl, stellvertretender Kreisvorsitzender, als strahlender Sieger hervorging.

Bernhard Feneis

Fachgruppen

Fachgruppe Gesundheitsberufe

Ländervergleich der Schulen im Gesundheitswesen

Die Fachtagung Gesundheit und Soziales des BLBS findet nun schon seit einigen Jahren regelmäßig, mindestens einmal im Jahr, statt. In diesem Jahr war Dresden als Veranstaltungsort gewählt worden.

Der BLBS möchte, dass möglichst Vertreter aller Landesverbände an der Fachtagung teilnehmen, was 2013 in Dresden allerdings auch wieder nicht gelungen ist. Aus Bayern nahmen von der VLB-Fachgruppe Gesundheitsberufe drei Kolleginnen und Kollegen teil.

Damit waren wir, neben Sachsen, am stärksten bei der Fachtagung vertreten.

Elke Martin, die Expertin des BLBS für Gesundheit und Pflege, holte einen aktuellen Stand der Situation der beruflichen Schulen im Gesundheitswesens ein. Dabei stellten sich, wieder einmal, doch gravierende Unterschiede zwischen den Bundesländern heraus. Während Bayern und Sachsen die Schulen weitestgehend in das Schulrecht integriert haben, hinken andere Länder diesem immer noch hinterher. Altenpflegeschulen allerdings sind fast überall im Schulrecht verankert.

Ein weiterer Schwerpunkt war ein gemeinsamer Vortrag aus Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern zur Bewertung von Prüfungsleistungen und die Durchführung der staatlichen Prüfungen. Da es Aufgabe des Staates, in diesem

Fall der zuständigen Gesundheitsbehörden, ist, die Examina abzunehmen, gibt es zwischen den Lernfeldern des fortlaufenden Unterrichts und der Fragestellungen in den Prüfungen erhebliche Unterschiede. Dies wird sich wegen der unterschiedlichen Zuständigkeiten sicher auch nur schwer beheben lassen. Im neuen Pflegeberufegesetz, das hoffentlich bald nach der Etablierung der neuen Bundesregierung verabschiedet werden wird, könnte dies erstmals geregelt werden.

Schließlich trug Prof. Dr. Thomas Bals den aktuellen Stand des Deutschen Qualifikationsrahmens vor. Dabei wurden die Empfehlungen der Fachgruppe Gesundheitsberufe, die die Vorarbeit zur Fixierung der Stufen im DQR leistete und die Prof. Bals leitete, durch die diesjährigen Beschlüsse der Kultusministerkonferenz gravierend verändert. Der ursprüngliche Vorschlag, Eingruppierung der Gesundheitsberufe in die Stufe 5 des DQR, wurde verworfen und diese Berufe werden nun in der Stufe 4 wieder zu finden sein. Da Bachelor-Abschlüsse, die sich nun zunehmend auch auf dem Gesundheits- und Pflegesektor etablieren, nach wie vor in der Stufe 6 sind, gibt es nun eine „leere“ Stufe 5. Innerhalb der von der KMK beschlossenen Erprobungsphase müsse man nun Lösungen für die Einstufung der Gesundheits- und Pflegeberufe finden. Des Weiteren wurde diskutiert, auf welchen Dokumenten künftig die QR-Stufe erscheinen soll. Auf dem schulischen Abschlusszeugnis, auf dem staatlichen Prüfungszeugnis oder auf der Urkunde zur Führung der Berufsbezeichnung.

Die zwei Tage in Dresden trugen wieder dazu bei, Erfahrungen auszutauschen und Neues zu diskutieren. Die Fachtagung wird im Jahr 2014 fortgesetzt werden.

Wolfgang Lamprecht



Von der VLB-Fachgruppe Gesundheitsberufe nahmen an der Tagung in Dresden Rupert Übelherr und Wolfgang Lamprecht (2. und 3. von links) sowie Angelika Keil (6. von links) teil.

Junge Pädagogen

Junge Pädagogen unterwegs:

Vorsprung durch Wissen

Wer kennt das nicht: Kurz nach sieben in der Schule. „Frühzeitig da sein, ist nie verkehrt“, da es immer etwas zu tun gibt – ganz besonders im letzten Jahr des aktuellen Beurteilungszeitraums. Man will sich nicht die Blöße geben, wenn die Schulleiterin oder der Schulleiter plötzlich in der Türe steht und zum Visitieren vorbeikommt. Doch spätestens nach der besuchten Stunde drängt sich die Frage auf, welchen Einfluss der Eindruck der oder des Dienstvorgesetzten von der besuchten Unterrichtseinheit auf die erste dienstliche Beurteilung hat. Vielleicht ist das auch egal, weil man mit Gedanken schon länger spielt, in Teilzeit zu gehen – wegen Kindern oder einfach nur, um in ein gesundes work-life-balance zu kommen oder weil man durch eine Nebentätigkeit im erlernten Beruf den fachlichen Anschluss nicht verlieren will.

Vielfach stellt sich dann die Frage, wie hier vorzugehen ist oder welche Konsequenzen dies mit sich bringt. Sicherlich stehen auch die örtlichen Personalräte mit Rat und Tat zur Seite, aber es spricht sich doch leichter, wenn der direkte Bezug zu Kolleginnen und Kollegen der eigenen Schule nicht gegeben ist.

Die Vertreter der Jungen Pädagogen in den Regierungsbezirken haben deshalb 2013 die Themenreihe „Vorsprung durch Wissen“ fortgeführt und

zusammen mit den Bezirkspersonalräten der jeweiligen Regierungsbezirken zu den Themen Nebentätigkeit, Beförderung, Arbeitszeiten, Elternzeit eingeladen. Wie auch im letzten Jahr haben sich viele junge Kolleginnen und Kollegen abends Zeit genommen, um die Veranstaltungen zu besuchen. Ein herzlicher Dank geht im Besonderen an unsere Bezirkspersonalräte als Referenten, die nicht nur den fachlichen Teil des Abends getragen haben, sondern auch fachkundig über die Vortragsthemen hinaus den Teilnehmern zur Verfügung standen.

Das Thema „Elternzeit“ wurde für die aktuelle Veranstaltungsreihe von den Jungen Pädagogen gründlich aufgearbeitet, so dass u. a. auch Fragen zum Elterngeld und zur Freistellung bei Krankheit der Kinder mit beantwortet wurden. Ein besonderer Dank geht hier an Karin Fuchs und Katrin Reinisch, zwei engagierte junge Mütter, die neben dem harten Schulalltag mit Kindern noch Zeit gefunden haben, das Thema „Elternzeit“ mit aufzubereiten. Wie wichtig das Thema war, zeigte sich, dass sich im Nachgang der Veranstaltungsreihe noch eine Vielzahl von Fragen ergaben, die wir gerne beantworten und für zukünftige Veranstaltungen miteinarbeiten werden.

Solltet ihr die Veranstaltung verpasst haben, bitte die vlb-akzente oder unsere Seite verfolgen. Wir werden auch im kommenden Jahr wieder Veranstaltungen in den Regierungsbezirken durchführen.



Veranstaltung in Unterfranken mit Haupt- und Bezirkspersonalrat Wolfgang Lambl und Karl Blank.

Junge Pädagogen unterwegs:

Bildungsreise gefällig?

Warum nicht für einen Kurztrip mit jungen Kolleginnen oder Kollegen anderer Schulen ins benachbarte Ausland? Eventuell den Kurztrip als Informationsfahrt für eigene Klassenfahrten nutzen. Was kann ich vor Ort besichtigen und mit meinen Schülern Sinnvolles unternehmen? Wie wäre es mit Brüssel – Antwerpen – Gent?

Wenn ihr Interesse an dem folgenden Reisevorschlag habt, meldet Euch bei uns. Abhängig davon, ob genügend Interessenten zusammenkommen, wollen wir gemeinsam ins benachbarte Ausland reisen. Schreibt uns, wenn ihr Lust auf eine Bildungsreise/ Informationsfahrt habt.

Antworten bitte an: renatekrall@gmx.de,
Feedbackschluss: 10. Februar 2014.

Reisevorschlag: 4-tägige Bildungsreise nach Brüssel (mit Antwerpen und Gent) im Oktober 2014 (Herbstferien). Reisepreis pro Person im DZ 535,00 € inkl. der genannten Leistungen (Einzelzimmerzuschlag 66,00 €). Transportmittel: Bahn

Leistungen:

- > Bahnfahrt 2. Klasse inkl. Platzreservierung (es gibt einen Abfahrtsort)
- > 3 Übernachtungen im Meininger Hotel in Brüssel (inkl. 3 x Frühstück)
- > 3 x Abendessen
- > Stadtführung in Brüssel (3 Stunden)
- > Stadtführung in Antwerpen (2 Stunden)
- > Hafensrundfahrt in Antwerpen
- > Eintritt Red Star Line Museum
- > Eintritt Museum an de Stroom
- > Stadtführung in Gent (2 Stunden)
- > Bootsfahrt in Gent
- > Eintritt Atomium
- > Bahnfahrten Brüssel – Gent - Antwerpen
- > Aufenthaltssteuer
- > 1 Reiseführer Flandern pro Zimmer
- > 24 Stunden Notrufbereitschaft
- > Versicherungsschein

Wenn ihr gerne mit anderen jungen Kolleginnen und Kollegen verreisen wollt, aber das Reiseziel oder der Reiseternin nicht passt, schreibt uns. Wir brauchen euer Feedback.

Uns interessiert:

- > Reiseziel? Wie lange? In welchen Ferien? Alleine oder mit Partner/Kindern/Freunden?
- > Würde mich das genannte Angebot interessieren und bin ich bereit den Betrag dafür zu bezahlen? (Kritik, Anregungen, Verbesserungsvorschläge)

Abhängig von euren Rückmeldungen werden wir weitere Schritte planen.

Senioren

Vom Eurofighter zur Messerschmitt 262

Mitte Oktober 2013 besuchten flugbegeisterte Senioren des BV Oberbayern das militärische Luftfahrtzentrum von Cassidian in Manching. Cassidian konzentriert sämtliche Tätigkeiten rund um bemanntes und unbemanntes militärisches Fluggerät am Standort Manching, sechs Kilometer südlich von Ingolstadt und schafft damit das größte militärische Luftfahrtzentrum in Europa. Dementsprechend groß war das Interesse an diesem Werksbesuch.

Nach der Begrüßung durch Dr. H.C. Oelker, Head of Staff-Site-Management in Manching, übernahm Hilmar Eckert, Head of Protocol, die fachkundige Führung durch die Montagehalle des Eurofighters. Dabei blieb keine Frage aus dem ehemaligen Lehrerpublikum unbeantwortet. Beeindruckt zeigte sich die Besuchergruppe vor allem vom hohen technischen Anspruch der Fluggeräte, die hautnah betrachtet werden konnten. Bei der Auswahl der Mitarbeiter spielen Teamfähigkeit, soziale Kompetenz und technisches Verständnis eine herausragende Rolle.

Nach der Besichtigung der Aufklärungsflugzeuge vom Typ AWAKS endete das Besucherprogramm im Messerschmittmuseum.

Peter Wawra

1. Bundesseniorenkongress des dbb

Im November 2012 hatte der Gewerkschaftstag des dbb beschlossen, eine Bundesseniorenvertretung zu gründen, die sich beim 1. Bundesseniorenkongress am 18. und 19. November 2013 in Berlin unter dem Motto „ALTER?(nativ) LOS!“ konstituierte. Ziel der Bundesseniorenvertretung ist es, die besonderen gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Interessen der älteren Mitglieder von Landesbünden und Mitgliedsgewerkschaften des dbb, auf Bundesebene zu vertreten. So gehört zum Beispiel zu den aktuellen Fragen der Seniorenpolitik die Absenkung der Versorgungsbezüge, wie sie der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, plant.

Wolfgang Speck neuer Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung

Ein „forderndes und selbstbewusstes Auftreten“ gegenüber Politik und Medien im Interesse der Seniorinnen und Senioren kündigte Wolfgang Speck an. Die Altersversorgung dürfe nicht zur Lotterie werden, sagte er. Speck war von 1991 bis 2003 stellvertretender Bundesvorsitzender des dbb, von 2003 bis 2007 dann Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG).

Komplettiert wurde das Führungsteam mit der Zweiten Vorsitzenden Uta Kramer-Schröder von der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) und den weiteren Stellvertretern Anne Schauer von der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Max Schindlbeck vom Verband Bildung und Erziehung (VBE) und Klaus-Dieter Schulte von der komba gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst (komba).

Die Delegierten des BLBS

Die drei Delegierten des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), die Ehrenvorsitzenden Peter Grothe und Günter Besenfelder und der Schriftleiter der Verbandszeitschrift, Heiko Pohlmann, gratulierten im Namen des BLBS herzlich und wünschten Wolfgang Speck mit seinem Team viel Erfolg.

Seniorenverbände

Wünschenswert wäre es, wenn Seniorenverbände auch in den anderen Bundesländern gegründet werden würden, wie das schon in Baden-Württemberg vor vielen Jahren mit dem „Seniorenverband öffentlicher Dienst Baden-Württemberg“ erfolgt ist. Bei diesem Seniorenverband ist Wolfgang Speck auch Beisitzer. Er beendete 2007 seine Berufslaufbahn als Polizeibeamter, war davor stellvertretender Bundesvorsitzender, Bundesvorsitzender der Polizeigewerkschaft und damit Mitglied im Bundeshaupt- und Bundesvorstand der dbb beamtenbund und tarifunion. Seine Vorstellungsrede bei der öffentlichen Veranstaltung am zweiten Tag beendete er mit den Worten: „Wer uns quält, wird nicht gewählt.“ Bei seiner neuen Tätigkeit wünscht ihm der BLBS viel Glück, Durchsetzungsvermögen und Erfolg!

Vorher hatte es den Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH) Bund gegeben. Dieser Verband ist nun als Bundesvertretung aus den Annalen gestrichen und durch die dbb bundesseniorenvertretung ersetzt worden. In den einzelnen Bundesländern bleiben die BRH-Landesverbände allerdings weiterhin bestehen.

Heiko Pohlmann



Vor dem ersten Düsenjäger Me-262 entstand das Erinnerungsfoto.

Personalien

Wir gratulieren im Februar ...

... zum 91. Geburtstag

Sommermann, Alfred, 17.02.
95119 Naila, KV Oberfranken-Nordost

... zum 90. Geburtstag

Heilek, Erwin, 21.02.
91623 Sachsen, KV Mittelfranken-Süd
Prautsch, Karl, 17.02.
96106 Ebern, KV Main-Rhön

... zum 88. Geburtstag

Röhricht, Waltraud, 22.02.
90443 Nürnberg, KV Nürnberg

... zum 87. Geburtstag

Beck, Elfriede, 19.02.
63897 Miltenberg, KV Untermain
Rabis, Helmut, 28.02.
84036 Kumhausen, KV Landshut

... zum 85. Geburtstag

Weber, Manfred, 19.02.
86316 Friedberg, KV Augsburg

... zum 84. Geburtstag

Reinhold, Ernst, 01.02.
83278 Traunstein,
KV Traunstein-Berchtesgadener Land
Bock, Gerda, 15.02.
96450 Coburg,
KV Oberfranken-Nordwest
Schnellbögl, Josef, 19.02.
93426 Roding, KV Cham
Einfalt, Stephanie, 21.02.
86720 Nördlingen, KV Nordschwaben
Hartmann, Prof. Dr. Rolf, 23.02.
80803 München, BV München

... zum 83. Geburtstag

Reithmann, Eugen, 05.02.
93057 Regensburg, KV Regensburg
Kröner, Kurt, 07.02.
89257 Illertissen, KV Nordschwaben
Amann, Gertrud, 12.02.
94474 Vilshofen, KV Niederbayern-Ost
Dopfer, Helga, 13.02.
83714 Miesbach, KV Rosenheim-Miesbach
Schramm, Berthold, 17.02.
96050 Bamberg, KV Bamberg-Forchheim

Puls, Walburga, 27.02.
84048 Mainburg, KV Landshut

... zum 82. Geburtstag

Linder, Hans, 08.02.
86316 Friedberg, KV Nordschwaben
Bettendorf, Josef, 09.02.
87480 Weitnau, KV Allgäu
Wengenroth, Wilhelm, 19.02.
84028 Landshut, KV Landshut
Kleinsteuber, Klaus, 27.02.
86368 Gersthofen, KV Augsburg

... zum 81. Geburtstag

Mager, Adolf, 08.02.
90542 Eckental-Eschenau,
KV Nürnberg
Kern, Sigrid, 23.02.
97828 Markttheidenfeld, KV Würzburg

... zum 80. Geburtstag

Bartl, Josef, 26.02.
92676 Eschenbach, KV Oberpfalz-Nord
Dirscherl, Aloisia, 01.02.
94315 Straubing, KV Donau-Wald
Hessdörfer, Emil, 15.02.
97532 Üchtelhausen, KV Main-Rhön
Lehnberger, Adolf, 12.02.
87700 Memmingen, KV Allgäu
Reuter, Horst, 28.02.
92224 Amberg, KV Amberg-Sulzbach

... zum 75. Geburtstag

Bayer, Alfred, 22.02.
91710 Gunzenhausen, KV Mittelfranken-Süd
Brucker, Johann, 19.02.
94469 Deggendorf, KV Donau-Wald
Dehler, Erich, 08.02.
86356 Neusäß KV Nordschwaben
Guttmann, Josef, 09.02.
97816 Lohr KV Würzburg
Haserer, Ilse, 11.02.
84453 Mühldorf, KV Altötting-Mühldorf
Klein, Dietmar, 21.02.
96317 Kronach, KV Oberfranken-Nordwest
Müller, Inge, 06.02.
86438 Kissing, KV Augsburg
Rüb, Rudolf, 02.02.
93049 Regensburg, KV Regensburg
Röhr, Norbert, 24.02.
97204 Höchberg, KV Würzburg
Wedlich, Hans-Peter, 18.02.
63773 Goldbach KV, Untermain

... zum 70. Geburtstag

Endres, Karl Theodor, 10.02.
97215 Uffenheim,
KV Oberfranken-Nordwest
Hermanns-Klotz, Heidi, 24.02.
80999 München, KV Oberbayern-Nordwest
Mahr, Herbert, 26.02.
96264 Altenkunstadt, KV Oberfranken-Nordwest
Palme, Rita, 09.02.
90473 Nürnberg, KV Nürnberg
Rühle, Uwe, 13.02.
87672 Roßhaupten, KV Oberbayern-Südwest
Schäfer, Thomas, 06.02.
91126 Schwabach, KV Mittelfranken-Süd

... zum 65. Geburtstag

Adler, Heide, 14.02.
97526 Sennfeld, KV Main-Rhön
Geyer, Wolfgang, 24.02.
89290 Buch, KV Nordschwaben
Haaf, Ernst, 16.02.
97422 Schweinfurt, KV Main-Rhön
Hasak, Dieter, 06.02.
97816 Lohr, KV Würzburg
Krause, Reinhold, 21.02.
96173 Oberhaid, KV Bamberg-Forchheim
Morawitzky, Klaus, 11.02.
96135 Stegaurach, KV Bamberg-Forchheim
Nicolai, Heinz, 04.02.
97720 Nüdlingen, KV Main-Rhön
Obermaier, Josef, 01.02.
84184 Tiefenbach, KV Landshut
Rinninger, Otto, 21.02.
86842 Türkheim, KV Allgäu
Ruland, Georg, 09.02.
85221 Dachau, KV Oberbayern-Nordwest
Simon, Karl, 26.02.
82067 Ebenhausen, BV München
Theuersbacher, Werner, 27.02.
85051 Ingolstadt, KV Oberbayern-Nordwest
Wittmann, Rupert, 11.02.
87719 Mindelheim, KV Allgäu

... zum 60. Geburtstag

Bauer, Gudrun, 10.02.
97072 Würzburg KV Würzburg
Birnbeck, Manfred, 11.02.
93077 Bad Abbach, KV Regensburg
Dietel, Horst, 12.02.
95213 Münchberg, KV Oberfranken-Nordost
Ernst, Johann, 19.02.
94227 Zwiesel, KV Donau-Wald
Fritz, Sabine, 22.02.
87561 Oberstdorf, KV Allgäu
Fröhlich, Josef, 16.02.
88131 Lindau, KV Allgäu

Lechner, Herbert, 15.02.

83413 Fridolfing,

KV Traunstein-Berchtesgadener Land

Mang, Georg, 10.02.

87727 Babenhausen KV Allgäu

Puchta, Wolfgang, 21.02.

96450 Coburg, KV Oberfranken-Nordwest

Rath, Bernhard, 05.02.

97297 Waldbüttelbrunn, KV Würzburg

Schuberth, Reinhard, 06.02.

95236 Stammbach KV Oberfranken-Nordwest

Spielbauer, Georg, 24.02.

91623 Sachsen, KV Mittelfranken-Süd

Stelzig, Peter, 15.02.

84576 Teising, KV Altötting-Mühldorf

Watzlawick, Karl-Heinz, 09.02.

95182 Döhlau, KV Oberfranken-Nordost

In den Ruhestand sind gegangen ...

Ernst, Alfred, KV Oberfranken-Nordost

Hankel, Ulrich, KV Mittelfranken-Nord

Juhl, Klaus, KV Oberfranken-Nordost

Meidel, Rudolf, KV Untermain

Schmidt, Erika, KV Mittelfranken-Nord

Schmidt, Gerhard, KV Oberbayern-Südwest

Schuster, Lothar, KV Mittelfranken-Nord

Ziegler, Elisabeth, KV Regensburg

Wir trauern um ...

Klein, Wolfram (83), KV Allgäu

Kohlbauer, Helmut (69), KV Donau-Wald

Mages, Ernestine (92), KV Oberbayern-Südwest

Röder, Rudolf (81), KV Bamberg-Forchheim

Weiß, Karl (70), KV Allgäu

Termine

Personalrats- schulungen zur Eigenverantwort- lichen Schule

Durch die Eigenverantwortliche Schule/Erweiterte Schulleitung waren eine Reihe von untergesetzlichen Regelungen (Verwaltungsvorschriften) neuzufassen bzw. zu ändern.

Um die Mitglieder der Personalvertretungen auf die Wahrnehmung der neuen Aufgaben vorzubereiten und mit den Neuerungen vertraut zu machen, beabsichtigt der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB) folgende eintägige Schulungsveranstaltungen für Personalvertreter beruflicher Schulen auf der Grundlage des Art. 46 Abs. 5 BayPVG unter Einbindung der jeweiligen Schulabteilungen und der Bezirkspersonalräte in 2014 durchzuführen:

Termin: 26.02.2014

Personalräte aus Oberfranken

Schulungsort: Bayreuth

Termin: 11.03.2014

Personalräte aus Mittelfranken

Schulungsort: Triesdorf

Termin: 25.03.2014

Personalräte aus Oberpfalz

Schulungsort: Regensburg

Termin: 02.04.2014

Personalräte aus Schwaben

Schulungsort: Augsburg

Termin: 06.05.2014

Personalräte aus Niederbayern

Schulungsort: Landshut

Termin: 13.05.2014

Personalräte aus Oberbayern

Schulungsort: München

Termin: 25.06.2014

Personalräte aus Unterfranken

Schulungsort: Würzburg

Folgende Schulungsinhalte sind geplant:

- > Eigenverantwortliche Schule – Erweiterte Schulleitung
- Informationen zur Rechtslage
- Implementierung
- Kommunikation an der Schule
- Beteiligung der Personalvertretung
- Konkrete Umsetzungsmöglichkeiten
- > Neufassung der Funktionsrichtlinien (FubSch) – Funktionenplan
- > Änderung der Lehrerdienstordnung (LDO)
- > Neufassung der KMBek zum Mitarbeitergespräch
- > Informationen der Schulabteilung – im Gespräch mit der Regierung
- Beurteilung 2014
- Personalversorgung
- Fortbildung
- w...
- > Aktuelle Fragestellungen
- > Exemplarische Fallbearbeitung
- > Zusammenfassung – Sonstiges – Verabschiedung

Die Reisekosten sowie eine Tagungspauschale von 20,00 € je Teilnehmer für die eintägige Spezialschulung wären nach Art. 44 BayPVG vom Dienstherrn zu tragen. Die Genehmigung der Schulungsveranstaltungen auf der Grundlage des Art. 46 Abs. 5 BayPVG wurde beantragt.

Bitte lassen Sie sich bei Interesse unter Angabe des Regierungsbezirks in der VLB-Geschäftsstelle (Frau Götzke) vormerken:

Tel: (089) 50 52 70

Fax: (089) 550 44 43

E-Mail: goetzke@vlb-bayern.de

HERAUSGEBER

Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
im VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: 0 89/59 52 70
Telefax: 0 89/5 50 44 43
Internet: www.vlb-bayern.de
E-Mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION

Martin Ruf
Nussbaumweg 9
97084 Würzburg
E-Mail: ruf@vlb-bayern.de
Tel.: 09 31/66 14 15
Fax: 09 31/6 60 72 91

ANZEIGENVERWALTUNG

Andrea Götzke
Telefon: 0 89/59 52 70
Telefax: 0 89/5 50 44 43
E-Mail: goetzke@vlb-bayern.de
Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München

DRUCK

Schleunungsdruck GmbH
Elterstraße 27, 97828 Marktheidenfeld
Telefon: 0 93 91/6 00 50

ERSCHEINUNGSWEISE / BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.
Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht
mit der Meinung des Herausgebers und
der Redaktion decken.

„vlb-akzente“ wird laufend im Dokumen-
tationsdienst der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder, im Dokumen-
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
und im Dokumentationsring DOPAED
bibliographisch nachgewiesen.
ISSN Nr. 1867-9161

Vermischtes**Übernahme der Rente mit
63 Jahren für Beamte:****BBB: Keine voreiligen
Schlüsse – konkrete
Rentenregelung ab-
warten**

„Jetzt muss erst die konkrete Ausgestal-
tung der rentenrechtlichen Regelungen
abgewartet werden“, erklärt BBB-Chef
Rolf Habermann zur Frage einer mög-
lichen Übernahme der Rente mit 63
Jahren für Beamte. In der Vergangen-
heit wurden sämtliche rentenrechtlichen
Maßnahmen systemkonform auch für
die Beamtinnen und Beamten übertra-
gen. Es sei daher nur konsequent, dass
die nun im Koalitionsvertrag vereinbar-
ten Verbesserungen im gesetzlichen Ren-
tensystem daraufhin überprüft werden.
„Ich bin sehr optimistisch, dass wir zu-
sammen mit der Bayerischen Staatsregie-
rung sachgerechte Lösungen für die Be-
amtinnen und Beamten des Freistaats
Bayern finden“, betont Habermann.

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU/
CSU und SPD war vereinbart worden,
dass ab dem 1. Juli 2014 langjährig Ver-
sicherte, die 45 Beitragsjahre nachweisen
können, mit dem vollendeten 63. Le-
bensjahr abschlagsfrei in die Rente ge-
hen können. Darüber hinaus wurde die
verbesserte Berücksichtigung der Kin-
dererziehungszeiten vor 1992 festgelegt.
Der Bayerische Beamtenbund steht be-
reits im engen Kontakt mit dem Baye-
rischen Staatsministerium der Finanzen,
für Landesentwicklung und Heimat.
Entscheidend für eine Umsetzung der
Regelungen ist, dass den Unterschieden
beider Systeme Rechnung getragen wird
und sich die Regelungen in das Gesamt-
gefüge des jeweiligen Systems einfügen.

**Informationen für unsere Mitglie-
der im Lehrkräftebereich:****Entgeltordnung
Lehrkräfte in Angriff
nehmen!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe
Mitglieder, der dbb hat am 5. Dezember
2013 ein Gespräch mit der Tarifgemein-
schaft deutscher Länder (TdL) zur Auf-
nahme von Tarifverhandlungen zur Fra-
ge einer bundeseinheitlichen Entgeltord-
nung für die tarifbeschäftigten Lehre-
rinnen und Lehrer geführt. Beide Seiten
bekräftigten das Ziel, den tariflosen Zu-
stand bei der Eingruppierung von Lehr-
kräften endlich zu beenden und zu ei-
ner gemeinsamen Lösung zu kommen.
Hierfür wurde verabredet, dass Verhand-
lungen zwischen dbb und TdL bereits
im Januar aufgenommen werden sollen.
Bis Ende des kommenden Jahres sollen
dann tragfähige Ergebnisse vorliegen.

Der dbb begrüßt die Ankündigung
der TdL, endlich in echte Verhandlun-
gen eintreten zu wollen. Auch wenn es
bis dahin noch ein weiter Weg sein wird
– die Bekräftigung der Länderseite zu ei-
nem gemeinsamen Ziel in der Frage der
Eingruppierung von Lehrkräften kom-
men zu wollen, ist das richtige Signal,
auf das die Beschäftigten an den Schu-
len seit Jahren warten. Der dbb hatte
bereits nach dem Ende der diesjährigen
Einkommensrunde die Arbeitgebersei-
te immer wieder aufgefordert, eine ent-
sprechende Lösung auf Bundesebene zu
forcieren.

„Mit der heutigen Zusage ist man
auf dem richtigen Weg“, so Willi Russ,
Zweiter Vorsitzender des dbb und Fach-
vorstand Tarifpolitik. „Jetzt muss ein ver-
bindlicher Fahrplan festgelegt werden,
um nicht wieder in einer Sackgasse zu
landen. Dafür werden wir uns im Janu-
ar mit der TdL zusammensetzen und die
Forderungen des dbb deutlich machen.
Wir stehen bereit, um die jahrzehntelan-



staatl. **technikerschule** mindelheim

Ab dem Schuljahr 2014/2015 wird zur Verstärkung unseres Lehrerteams an der Staatlichen Technikerschule für Maschinenbautechnik eine

Lehrkraft gesucht

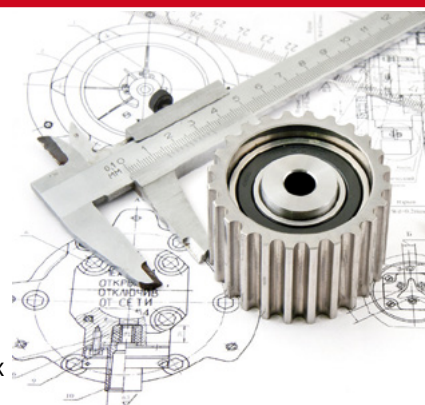
Ihr Profil:

- Lehramt an beruflichen Schulen mit dem Erstfach Metall- oder Elektrotechnik
- Dipl.-Ing. FR Maschinenbau (Univ.) bzw. entsprechende Masterabsolventen

Bei Interesse und Vorliegen aller Voraussetzungen ist auch die Teilnahme an einer **Sondermaßnahme** mit anschließender **Verbeamtung** möglich!

Staatliche Technikerschule
an der Berufsschule Mindelheim
Westernacher Str. 5
87719 Mindelheim

Tel. 08261/7620-0
Fax 08261/7620-99
www.bsmn.de
verwaltung@bsmn.de



ge Flickschusterei bei der Eingruppierung von Lehrkräften endlich zu beenden. Ein „Weiter so!“ darf es nicht geben. Das sind wir den 200.000 Beschäftigten schuldig, die täglich in den Klassenzimmern stehen und einen guten Job machen.“ *dbb-mitglieder-info*

Redaktionsschluss vib-akzente 2014/2015

Ausgabe 02: Montag 13. 01. 2014

Ausgabe 03/04: Montag 03. 03. 2014

Ausgabe 05: Montag 31. 03. 2014

Ausgabe 06: Montag 05. 05. 2014

Ausgabe 07: Montag 02. 06. 2014

Ausgabe 08/09: Montag 14. 07. 2014

Ausgabe 10: Montag 15. 09. 2014

Ausgabe 11: Montag 06. 10. 2014

Ausgabe 12/01: Montag 24. 11. 2014

Ausgabe 02: Montag 12. 01. 2015

Autorenverzeichnis

Betz, Astrid, Memorium Nürnberger Prozesse, Bärenschanzstraße 72, 90429 Nürnberg, Telefon: (0911) 32179749

Dietrich, Hans, VLB-Referent FOS/BOS, Postfach 1234, 95011 Hof, Tel.: (09281) 766130

Klein, Rüdiger, BOB, Goethestr. 5, 97421 Schweinfurt, Tel.: (09721) 801962

Lambl, Wolfgang, stellvertr. VLB-Vorsitzender und Hauptpersonalrat, Gramschatzer Ring 6, 97222 Rimpf, Tel.: (09363) 5278

Männlein, Pankraz, stellvertr. Landesvorsitzender, BS, Dr.-von-Schmitt-Str. 12, 96050 Bamberg, Tel.: (0951) 30287-0

Neumann, Max-Peter, VLB-Referent Lehrerbildung, BS, Stockerhutweg 51, 92637 Weiden, Tel.: (0961) 206-0

Preißl, Hans, BS, Am Fernsehturm 1, 94036 Passau, Tel.: (0851) 9591300

Thiel, Peter, Am Happach 40, 97218 Gerbrunn, Tel.: (0931) 707691

Dr. Tholen M./Friedrich, G., BOB, Memminger Str.48, 89231 Neu-Ulm, Tel.: (0731) 978160

Vietze, Klaus, VLB-Schriftführer, BOS, Körnerstr. 6, 95448 Bayreuth, Tel.: (0921) 792080

Wunderlich, Jürgen, VLB-Landesvorsitzender, BS, Landrat-Dr.-Frey-Straße 2, 86356 Neusäß, Tel.: (0821) 454402-0

Das Zeitfenster

Sprache im Wandel: Wörter kommen, Wörter gehen. Soeben bin ich dabei, den Begriff „Zeitfenster“ in mein Vokabular einzuordnen. Begegnet bin ich ihm, dem Begriff, im Gespräch mit einem Vielbeschäftigten, wobei es um einen Termin ging, den wir beide ausmachen wollten. „Sehen Sie, ich habe eine Menge zu tun“, sagte der Vielbeschäftigte und blätterte geschäftig in seinem Kalender. „Aber nächsten Freitag, da hab’ ich für Sie noch ein Zeitfenster“. Ein gefragter Mann also, denke ich, Donnerwetter.

Szenenwechsel: Wir plaudern über die Lernfähigkeit unseres Enkels, meine Tochter und ich. Momentan spricht er von sich in der dritten Person, beispielsweise so: „Jonathan Auto“. Das soll heißen: „Sieh mal Opa, was ich für ein schönes Spielzeugauto habe“.

In bestimmten Entwicklungsphasen öffnen sich bestimmte Lernpotentiale wie Fenster, erklärt mir seine Mama. Da lernt das Kind bestimmte Dinge besonders leicht. „Dieses Phänomen nennen die Lernpsychologen Zeitfenster“. Wer dem Kleinen beispielsweise unsere Vorstellung von Ordnung abverlange, sei auf dem Holzweg, stehe sozusagen vor einem verschlossenen Zeitfenster.

Zu keinem Zeitpunkt seines Lebens merkt man sich Worte und Texte leichter als in jungen Jahren, sagen die Hirnforscher und Psychologen. Ein offenes Fenster also für Fremdsprachen und Gedichte beispielsweise, mag der Verstand zu diesem Zeitpunkt auch noch nicht auf vollen Touren laufen. Wie oft schon habe ich ältere Menschen bewundert, die aus ihrem Langzeitgedächtnis ganze Balladen aufsagen konnten. So verrufen sie heute ist, die alte Paukschule, hier zeigt sich, dass manches eben doch nicht ganz daneben war. Wie schwer hingegen, sich Vokabeln einzuprägen, wenn man die Fremdsprache in fortgeschrit-

tenem Alter in Angriff nimmt. Haben Sie es als Älterer schon mal mit Polnisch versucht?

„Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“, sagt der Volksmund. Vielleicht ist er dabei eine Spur zu pessimistisch, der Volksmund, doch was Wahres ist an der Sache natürlich dran. Oder denken wir an den Computer: Wie unbefangen, ja geradezu spielerisch, gehen Kinder und Jugendliche da zu Werke. Das Zeitfenster steht eben offen dafür. Auch für soziales Lernen gibt es ein Zeitfenster, wie uns das berühmte Beispiel des Caspar Hauser zeigt. Ich kann hier die Geschichte des inzwischen berühmt gewordenen Ansbacher Findlings nicht nacherzählen. Doch schlagen Sie einfach nach im Lexikon oder suchen Sie bei Google unter dem Stichwort Caspar-Hauser-Syndrom, wenn Sie Näheres dazu wissen wollen.

Aufgemerkt also, Ihr Muttis, Vatis, Omas und Opas, aufgepasst auf die Zeitfenster Eurer Kinder und Kindeskinde, damit es später keine Vorwürfe gibt. Nutzt jede sich bietende frühe Lernmöglichkeit Eurer Lieblinge, auch wenn deren Terminkalender bereits übertoll ist. Schließlich soll die kostbare Zeit ja nicht mit purer Spielerei vertan werden, das wäre ja noch schöner!

Im Hinblick auf uns Ältere aber wollen wir’s nicht übertreiben mit der Zeitfensterei. Verlieren wir bloß nicht den Mut, auch in fortgeschrittenem Alter etwas anzupacken, wenn es uns thematisch anmacht. Wer sagt denn, dass das Zeitfenster immer nur ganz offen sein muss oder ansonsten fest geschlossen ist? Lüften wir nicht manchmal auch bei gekipptem Fenster? Schauen wir also mal, ob es in unserem Terminkalender nicht doch noch ein Zeitfenster gibt für das eine oder andere Lerngebiet.

Frans Siska